

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: 3,00 M. monatlich, 1,30 M. wöchentlich, 30 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1,30 M. pro Monat. Zusatzen: 2,50 M. für das übrige Ausland, 4 M. pro Monat. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich.

Die Insertions-Gebühr
 Beträgt für die sechsbeständige Kolonelle oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Familienanzeigen 30 Pf. Kleine Anzeigen: das festgedruckte Wort 30 Pf. (zählend 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Geschäftsverhandlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Dienstag, den 18. April 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Die Umsatzsteuer.

Es hat allen Anschein, daß wir, dank Herrn Müller-Fuld a statt der Quittungsstempelsteuer eine Warenumsatzsteuer erhalten. Die Steuerkommission des Reichstages hat die Vorlage der Regierung abgelehnt und gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Freisinnigen den genialen Einfall des Zentrumsabgeordneten angenommen. Die Regierung dürfte kaum nein sagen, denn während man die Einnahme aus der Quittungssteuer auf 80 Millionen Mark ansetzt, schätzt man die Einnahme aus der Umsatzsteuer auf ein paar hundert Millionen. In der Tat kann das annähernd stimmen, denn der Quittungsstempel sollte für jede Zahlung zwischen 10 und 20 M. zehn Pfennige, für jede Zahlung über 100 M. zwanzig Pfennige betragen. Die Umsatzsteuer soll erhoben werden vom Umsatz aller Waren und eine Mark pro Tausend betragen. Außer Betracht sollen nach dem bisherigen unfertigen Projekt nur die Umsätze der Kleinhändler bleiben, die für weniger als 3000 M. Waren im Jahre umsetzen. Während es sich bei der Stempelsteuer aber um eine ganz geringfügige Abgabe handelt, die gleich blieb, ob die Quittung auf hundert oder auf Hunderttausende lautete, wird bei der Umsatzsteuer gemäß der Summe gesteuert.

Es ist wahrhaft das Ei des Kolumbus. Auf die einfachste Weise von der Welt wird dem Reiche eine überaus ergiebige Steuerquelle eröffnet. Dabei klingt das so harmlos: eins pro Tausend, eine Mark vom Tausend, ist ja gar nicht der Rede wert! Fragt sich nur, wie das wirkt.

Die Geldbeträge, die bei den Warenumsätzen in Deutschland in Betracht kommen, belaufen sich auf viele hundert Milliarden Mark. Sie sind um ein Vielfaches größer als der Wert aller produzierten und konsumierten Waren. Denn erstens werden in der heutigen Wirtschaft die Rohstoffe, aus denen Gebrauchsgüter hergestellt werden, gekauft, und so entstehen Umsätze, ehe das Gebrauchsgut fertig wird, zweitens gehen die Waren vielfach von Hand zu Hand, ehe sie in die Hände der Verarbeiter oder der Konsumenten gelangen. Nehmen wir ein Beispiel: ein Gutsbesitzer verkauft eine Wagenladung Roggen (200 Zentner zu 50 Kilogramm), der Verkaufspreis ist etwa 1700 Mark und die Steuer beträgt 1,70 Mark, der Käufer ist ein Provinzhändler, der Roggen an der Börse verkauft; dort kauft ihn ein anderer Händler, der vielleicht direkt an einen Müller verkauft, vielleicht geht die Ladung aber auch noch durch andere Hände; jedenfalls hat der Roggen, ehe er in die Mühle kommt in der Regel ein paar Mal den Besitzer gewechselt; jedesmal ist ein Aufschlag gemacht, der Preis ist erhöht worden und jedesmal ist die Umsatzsteuer zu entrichten; ehe also der Müller in Besitz des Roggens kommt, lastet darauf bereits eine Steuer von nicht mehr 1,70 M., sondern vielleicht von mehreren Mark. Der Müller hat den Roggen vermahlen und verkauft 160 Zentner Roggenmehl und 35 Zentner Meie; diese Produkte haben einen Verkaufspreis von über 2000 M.; 2 M. Umsatzsteuer fließen in die Steuerkasse. Das Mehl geht nur selten direkt vom Müller in den Besitz einer Großbäckerei, in den meisten Fällen geht es durch die Hände von ein paar Zwischenhändlern, von denen jeder die 2 M. Umsatzsteuer zu entrichten hat. Deshalb lasten auf dem Mehl, ehe es zu Brot verbacken wird, nicht die ursprünglichen 1,70 M. an Umsatzsteuer, sondern das Zehnfache oder noch mehr. Bei Gütern, die bei ihrer Verarbeitung eine Reihe von Produktionsprozessen durchlaufen, handelt es sich um noch viel mehr Umsätze. Man denke etwa an einen Posten Schafwolle: der Schafzüchter verkauft ihn an den Händler am Ort, dieser an den Händler am Stapelplatz; ein paar Zwischenhändler folgen, bis die Wolle in der Wäscherei endet; dann kommt sie womöglich auch erst durch die Vermittelung von Händlern an die Spinnerei; das Wollgarn geht wieder durch die Hände von Händlern an die Weberei; das Tuch kauft der Großhändler, von diesem erwirbt es der Konfektionär, die gefertigten Anzüge gehen wieder an den Händler, bis sie endlich an die Verbraucher gelangen.

Man sieht, daß die Umsatzsteuer von eins pro Tausend sehr leicht zu einer Steuer von ein Prozent und mehr vom Preise der Verbrauchsgüter werden kann.

Wer die Steuer tragen wird, kann in den einzelnen Fällen zweifelhaft sein. Sicher ist, daß die Produzenten und Händler die Steuer abwälzen versuchen, immer der Verkäufer auf den Käufer, so daß sie schließlich an dem letzten Käufer, dem Verbraucher hängen bleibt. Dabei würde nach heber Sitte der Gewerbetreibenden die Abwälzung mit dem gehörigen Aufschlag geschehen, so daß die paar hundert Millionen Mark, die dem Reiche zufließen würden, die Konsumenten ein paar Milliarden kosten können.

Unfehlbar hat also die Steuer die Tendenz, die Warenpreise zu steigern.

Nun wird allerdings die Abwälzung nicht immer gelingen, sondern die Steuer kann zuweilen auch von dem Verkäufer getragen werden, wenn der Käufer der wirtschaftlich Stärkere ist. Es besteht bekanntlich bereits eine Umsatzsteuer soweit die Warenhäuser in Betracht kommen und gerade hier hat sich gezeigt, daß die Warenhäuser, denen daran gelegen sein muß, möglichst billig zu verkaufen, die Steuer „nach rückwärts abwälzen“, nämlich auf ihre Lieferanten, die es sich gefallen lassen müssen, weil sie wirtschaftlich von diesen

Großkäufern abhängig sind. Ist die Steuer allgemein, dann kann man erwarten, daß vielfach dieses Abwälzen nach rückwärts stattfinden wird, ohne daß die letzten Käufer, wie in diesem Falle, verschont bleiben: der Zwischenhändler wird z. B. dem Produzenten die Steuer aufbürden, wo er kann, trotzdem aber einen Aufschlag beim Verkauf machen. Die wirtschaftlich schwachen Gewerbetreibenden werden daher in vielen Fällen durch die Steuer eine Einbuße an Profit erleiden, ohne daß dadurch die Last, die die Konsumenten zu tragen haben, wesentlich gemindert wird. Dort zum Beispiel, wo der Rohstoff oder das Halbfabrikat von kartellierten Unternehmen bezogen werden muß, das Fertigfabrikat aber im freien Wettbewerb verkauft wird, kann die Steuer auf die Hersteller des Fertigfabrikates abgewälzt werden, also auf jene Produzenten, die am schwersten um ihre Existenz ringen.

In diesem Zusammenhange ist auch von Bedeutung, daß die gemischten Industrien bevorzugt werden. Es haben bekanntlich in der Eisenindustrie diese großen Werke in letzter Zeit sich darauf geworfen, Fertigfabrikate, wie Nägel, Draht, Blech, ja sogar Maschinen und Geräte herzustellen. Sie verarbeiten also eigenes Rohmaterial bis zu Ende, während ihre Konkurrenten alles was sie bei der Produktion brauchen, kaufen müssen.

Jetzt werden also diese gemischten Werke die Umsatzsteuer nur zahlen von den beim Verkauf erzielten Summen, und werden sie leicht abwälzen, ihre Konkurrenten dagegen werden sowohl die Kohle als das Eisen teurer bezahlen müssen. Die „geringfügige Steuer von nur ein pro Tausend“ kann unter diesen Verhältnissen leicht zu dem einen Reiskorn werden, welches das Lasttamel zusammenbrechen läßt.

Auch für die Exportindustrie kann die Steuer sehr beschwerlich werden. Bei dem Wettbewerb auf dem Weltmarkt muß überaus scharf kalkuliert werden. Wie gesagt, summiert sich die Umsatzsteuer, wo es sich um Fertigfabrikate handelt, derart, daß nicht mehr mit dem Sage eins vom Tausend, sondern oft mit einem Sage eins vom Hundert zu rechnen sein wird, und das genügt nachgerade, um dem deutschen Exporteur manches Geschäft zu verderben, wenn es ihm nicht gelingt, die Steuer nach rückwärts, auf den Fabrikanten abzuwälzen.

Die Weisheit der Verfechter dieser Steuer erscheint in um so strahlenderem Lichte, als es nicht einen Nationalökonom gibt, der nicht mit einer allgemeinen Preissteigerung für die nächste Zeit rechnet, einer Preissteigerung, die die Rückkehr zu normalen wirtschaftlichen Verhältnissen in hohem Grade erschweren wird. Gerade in dieser Zeit eine Steuer einführen, die die Tendenz zur Steigerung der Warenpreise verschärfen muß, heißt denn doch wahrlich, den Gaul am Schwanz aufzäumen.

Die Arbeiterschaft wird durch eine derartige Steuerpolitik ganz besonders geschädigt. Die Löhne werden nach dem Kriege sicher nicht im gleichen Verhältnis steigen, als der Lebensunterhalt verteuert wird. Die ungünstige Beeinflussung der Fertigungsindustrie, die verhältnismäßig die meisten Arbeiter beschäftigt, durch die Steuer ist ein ebenfalls durchaus schädlicher Faktor für die soziale Entwicklung. Wenn die Gesetzgeber verständnisvoll vor direkten Steuern zurücktreten, weil dadurch angeblich das Kapital abgeschreckt und zur Auswanderung veranlaßt werden könnte, so sollten sie doch überlegen, ob ein solches Loshaken mit der Steuerart auf das wirtschaftliche Getriebe und die Arbeiter insbesondere nicht schließlich eine Abwanderung von Arbeitern veranlassen kann, die viel gefährlicher sein dürfte.

Reichsregierung und Umsatzsteuer.

Offiziös verlautet:
 „Som Standpunkt der Reichsfinanzverwaltung dürften grundsätzliche Bedenken gegen die Umsatzsteuer nicht bestehen, da von ihr wohl zweifellos ein höherer Ertrag zu erwarten ist als von dem Quittungsstempel. Inmehrin wird man gut tun, den großen Erwartungen über den Umsatzsteuerertrag, der in Reichstagskreisen teilweise mit 600 Millionen angenommen wird, etwas skeptisch gegenüberstehen, da irgendwelche zuverlässige Unterlagen für eine derartige Schätzung nicht vorhanden sind. Daß sich gegen die Umsatzsteuer auch mancherlei Bedenken anführen lassen, ist nicht zu bestreiten. So hat sie zweifellos den Charakter einer Gewerbesteuer, und zwar in ziemlich roher Form; sie greift mitten in ein Steuergebiet ein, das den Gemeinden vorbehalten ist. Die Bundesregierungen werden deshalb vermutlich der Umsatzsteuer nicht mit besonderem Wohlwollen gegenüberstehen, wenn auch eine grundsätzliche Ablehnung nicht zu befürchten ist.“

Eine Rede Sonninos.

Rom, 16. April. (W. Z. B.) In der Kammer Sitzung erklärte Minister des Aeußern Sonnino: Ich bitte die Kammer, einen raschen Blick auf die Tätigkeit der Regierung in den verschiedenen internationalen Fragen der letzten Monate werfen zu wollen, um sich besser über die Art klar werden zu können, wie die Regierung die Absichten der Kammer bei Ausführung des weitreichenden Auftrages ausgelegt hat, den die Kammer ihr im Dezember erteilt hat, und um besser beurteilen zu können, ob die Regierung ihr Vertrauen verdient.

In der Sitzung am 1. Dezember haben wir nach einem Rückblick auf die Bemühungen der Regierung um die

Verteidigung der Unabhängigkeit Serbiens

schon vor unserer Teilnahme am Kriege dem Parlament unsere Absicht mitgeteilt, alles uns Mögliche zur Unterstützung der Armee König Peters zu tun, indem wir im Einverständnis mit unseren Alliierten ihre Versorgung mit Lebensmitteln und Munition sicherten und ihre Konzentration erleichterten in Erwartung der Zeit für die Revanche. Es war damals nicht angebracht, die Einzelheiten unserer Aktion zu erörtern, weil diese auch von dem Ausgang der Operationen auf dem Balkan abhängen mußten. Bekanntlich ist seitdem beschlossen worden, die serbischen Truppen nach Korfu zu bringen und dort zu sammeln, nachdem sie sich nach einem Kampf gegen zwei an Zahl sehr überlegene feindliche Armeen nach Montenegro und Albanien zurückgezogen hatten. Da ein Widerstand der serbischen Armee in Stutari oder in Albanien als unmöglich erkannt wurde, war es durchaus nötig und wichtig, ihre Einschließung und Uebergabe zu verhindern. Die erste schwere Aufgabe war die Wiederversorgung dieser Armee mit Kriegsmaterial und Lebensmitteln; hiermit wurde die italienische Marine nebst einigen Schiffen der verbündeten Flotten beauftragt. Das gesamte verschifft und gelandete Material betrug 6000 Tonnen in San Giovanni di Medua und 30 000 Tonnen in den anderen albanischen Häfen, wofür ungefähr 100 Dampfer verwendet wurden. Ein noch schwierigeres Unternehmen war die Einschiffung und der Transport der serbischen Armee, die ein neues ruhmreiches Blatt auf der Ehrenrolle unserer Marine bilden. Außerdem wurden viele Tausende von Flüchtlingen, Frauen und Kinder unterstützt und neben der serbischen Armee von San Giovanni di Medua, Durazzo und Valona fortgeschickt und Tausende von Kranken und Verwundeten auf Lazarettbooten untergebracht. Ferner brachte man die ganze Masse der von der serbischen Armee gemachten österreichisch-ungarischen Gefangenen nach Italien. Daneben darf man nicht vergessen, daß wir zu gleicher Zeit zur Entsendung einer italienischen Truppenexpedition auf das andere Meeressufer schritten, um dadurch alle diese Einschiffungen möglich zu machen. Im ganzen sind so über 260 000 Personen und 10 000 Pferde über das Adriatische Meer transportiert worden. Diese so ansehnliche Bewegung von Menschen und Material ist trotz der schlechten Jahreszeit, den ungünstigen Vorbedingungen in den kleinen albanischen Häfen, die dem Feinde nahe und von unserem einzigen Ausgangshafen Brindisi verhältnismäßig weit ablagen, ohne ernstlichen Schaden verlaufen.

Heute bildet die wiederhergestellte serbische Armee die feierliche Versicherung, daß Serbien trotz des Mißgeschicks seiner Waffen ungebeugt weiterlebt, trotz der Angriffe und der Unterdrückung durch die Feinde. Der Besuch des Kronprinzen Alexander, der unserm König und unserer Regierung ihre Sympathien zu danken wünscht, zeigt deutlich, welches aufrichtige Interesse das italienische Volk an dem Geschick des serbischen Volkes nimmt. Bei dieser Gelegenheit haben wir das verehrungswürdige Haupt der serbischen Regierung, Vahitsch, begrüßen können und hatten mit ihm herzliche Unterredungen.

Der feindliche

Einmarsch in Montenegro

war die unvermeidliche Folge des Rückzuges seines serbischen Verbündeten. Man hat behauptet, daß Italien eine Truppenexpedition nach Montenegro zu dessen Schutze hätte senden können und müssen, aber diese Annahme hält der einfachsten Kritik nicht Stand, wenn man die tatsächlichen und strategischen Verhältnisse der Lage im Land- und Seekrieg genau kennt. König Nikolaus hat den Weg in die Verbanung der Unterzeichnung eines Sonderfriedens vorgezogen, da er das Vertrauen hatte, daß der schließlich Sieg der Alliierten seinem Vaterlande die Unabhängigkeit und sein unterlegtes Gebiet zurückgeben werde. Die montenegrinischen Truppen, welche ihrem Herrscher folgten, sind nach Korfu gebracht, wo sie in Erwartung des Augenblickes der Revanche neuorganisiert werden. In der Absicht, die Erhaltung der serbischen Armee zu sichern, hatten wir Truppenabteilungen nach Durazzo geschickt, um die Tätigkeit unserer Flotte zu unterstützen. Folglich hatte die Befehung von Durazzo einen zeitlich begrenzten Zweck, und nach seiner Erreichung werden unsere Landstreitkräfte in Valona zusammengezogen, wo die Regierung alle nötigen Vorkehrungen getroffen hat, um jeder Ueberfallung zu begegnen. Wir sind der Ansicht, daß durch die Beteiligung von Valona die italienischen Interessen auf diesem Teil des jenseitigen Ufers des Adriatischen Meeres gesichert sind, solange die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel im Flusse sind. General Cissad hat Durazzo verlassen und Italien hat ihm sowie den ihn begleitenden albanesischen Truppen herzliche Gastfreundschaft geboten. Ihre Einschiffung war schwierig und setzte die Eigenschaften unserer Land- und Seekreistkräfte in das glänzendste Licht; hohe See behinderte die Einschiffung, und ein an Zahl stark überlegener Feind war nahe. Unter diesen Umständen ließen unsere Verluste während der beiden Tage des Kampfes zur Deckung der Einschiffung mit 807 Mann an Toten, Verwundeten und Vermissten leicht, während wir dem Feinde viel schwerere Verluste beigebracht haben.

In meinen Mitteilungen an die Kammer am 1. Dezember habe ich auf die Verlosung angespielt, die uns die

Haltung Griechenlands den Alliierten gegenüber

verursachte. Diese Verlosung, die zuerst beachtet wurde, lebte dann unglücklicherweise infolge neuer Meinungsveränderungen wieder auf. Doch zeigt die griechische Regierung gegenüber, daß sie sich von den höheren Interessen ihres Landes Rechenschaft ablegt und daß sie sich der politischen und militärischen Notwendigkeiten bewußt ist, die das Vorgehen der Alliierten in Salonik und auf Korfu veranlaßt haben. Italien wünscht aufrichtig, mit dem hellenischen Königreich freundschaftliche Beziehungen aufrechtzuerhalten, und wir haben das Vertrauen, daß alle Fragen, die zwischen den beiden durch so schöne und so alte Ueberlieferungen verbundenen Völkern aufstauden könnten, gelöst werden können in dem gemeinsamen Interesse der guten und herzlichen Beziehungen der Nachbarschaft.

Unsere Beziehungen zu Rumänien werden geleitet von der traditionellen Freundschaft, die eine wohlverstandene Schätzung der gemeinsamen Interessen und dem volkstümlichen innigen Bewußtsein des Ursprungs beider entspringt. Die italienische Regierung vernachlässigt nichts, um ihre Beziehungen zu Rumänien immer herzlicher zu gestalten, und ich bin glücklich festzustellen, daß die

Widerstand der Regierung sich die Aufrechterhaltung dieser guten Beziehungen mit gleichem Eifer angelegen sein läßt.

Am 14. Februar haben die Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Russlands, als der Signatäre der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens gewährleistenden Verträge, erklärt, daß sie keine Friedensverhandlung beginnen und die Feindseligkeiten nicht beenden würden, ehe Belgien in seiner politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit wieder hergestellt und für die erlittenen Verluste reichlich entschädigt sein würde. Obwohl Italien nicht zu den Garantemächten der Unabhängigkeit und Neutralität Belgiens gehört, gab es doch als Signatarmacht der Londoner Konvention vom 30. November seine Zustimmung zu dieser Erklärung.

Sich so praktisch und vollständig den Friedensbedingungen anschließend, welche die vollständige Wiederherstellung des heldenhaften Belgien fordern.

Mit lebhafter Bewunderung haben wir den Eintritt Portugals in unsere Reihen begrüßt. Die portugiesische Regierung hat durch ihren klugen und edlen Entschluß bewiesen, daß sie die höheren Interessen des Landes tapfer zu schützen wagt.

Die öffentliche Meinung Italiens hat die Nachricht von dem glänzenden Siege des russischen Heeres bei der kurzlichen Eroberung der Festung Erzerum einstimmig mit Freude aufgenommen, ebenso den Vormarsch der Russen gegen Trapezunt und Bursa, der die Folge war und der ahnen läßt, welche schweren Schlag das ottomanische Kaiserreich, das sich in so unglücklicher Weise in diesen Krieg gegen seine Lebensinteressen hat hineingeworfen lassen, von dieser Seite erhalten muß. Zwischen den verbündeten Regierungen von Rußland und Italien bestehen die freundschaftlichsten und vertrauensvollsten Beziehungen, und die Gefühle einer immer größer werdenden Herzlichkeit wachsen zwischen den beiden Nationen, wie es der Gruß der russischen Duma an das italienische Parlament und die angeforderte Reise einer Abordnung der Duma nach Italien beweisen.

Sonnino erinnerte an den Besuch, den Driaud in Begleitung seiner glänzenden Mitarbeiter im Februar in Rom abgefaßt habe. Ganz Italien habe diese erwünschte Gelegenheit benutzt, um der alliierten Nation, die durch einen so hervorragenden Mann vertreten wurde, ihre herzlichsten Freundschaftsgefühle zum Ausdruck zu bringen. In den Besprechungen, die in Rom stattfanden, wurde die Notwendigkeit erkannt, die Bemühungen der Alliierten zu festerem Zusammenwirken zu bringen, um zu einer wirksamen und vollständigen Einheit des Vorgehens zu gelangen. Deshalb beschloß man in Rom eine vorbereitende Zusammenkunft der Vertreter der Generalstäbe in Ghentilly und eine politische und militärische Besprechung der Alliierten in Paris. Als die Vertreter der italienischen Regierung diesen Besuch erwiderten, fanden sie in Paris von Seiten der Regierung der Republik den herzlichsten Empfang, eingebettet von der ausgedehnten Höflichkeit, während der Rom Italiens von der edlen Pariser Bevölkerung mit den Ausdrücken der herzlichsten Brüderlichkeit begrüßt wurde.

Das Echo des begeisterten Empfangs, den ganz Italien Asquith bereitet hat, ist noch nicht verklungen. Wir waren glücklich, in Rom das hervorragende Haupt der alliierten Regierung zu begrüßen, und die italienische Nation befestigte von neuem mit Vergnügen und aus eigenem Antrieb die alten und herzlichen Freundschaftsgefühle, die Italien mit England verbinden und die ihre feste Grundlage in den Uebereinerungen und Erklärungen der Vergangenheit sowie in der tatsächlichen Gemeinsamkeit der Interessen haben.

Die Pariser Konferenz

Vom 27. und 28. März hatte vor allem zum Ergebnis, der öffentlichen Meinung der Welt den Beweis eines intimen Zusammenarbeitens in dem Bündnis zu geben. Dieses moralische Ergebnis ist dazu bestimmt, unter den gegenwärtigen Umständen eine praktische Wirkung zu erzielen, und bildet ein bemerkenswertes Element der Stabilität und des Vertrauens. Während die alliierten Regierungen die vollkommene Uebereinstimmung ihrer Ansichten und ihrer Ziele bewiesen haben, haben die Bevölkerungen einen neuen Antrieb daraus gezogen, ihre Anstrengungen und ihre Opfer mit unerschütterlicher Hartnäckigkeit fortzusetzen.

Inzwischen richtet sich die Aufmerksamkeit der Welt auf die Heldentaten des französischen Heeres vor Verdun, um sie zu bewundern. Man kann schon jetzt behaupten, daß die Schlacht von Verdun einen bemerkenswerten Erfolg für Frankreich bedeutet, weil der Feind das Hauptziel bei seinem überraschenden Angriff verfehlt hat, nämlich in Frankreich und in den alliierten und neutralen Ländern eine Bewegung der Herabstimmung und der Entmutigung hervorzurufen. Dieses Ziel wird nicht erreicht werden, dank dem glänzenden Widerstand der französischen Truppen. Der Geist in Frankreich und in den alliierten Ländern zeigt sich stark im Kampf und auf den Sieg vertrauensvoll. Die Lage an der französischen Front ebenso wie die russischen Erfolge in Armenien und auf der Hauptfront vervollständigen und bekräftigen die moralische Wirkung der Pariser Konferenz.

Was die Einzelaabkommen anbetrifft, die auf der Konferenz abgeschlossen worden sind, so werde ich nicht auf genaue Einzelheiten eingehen können, weil die Gegner Augen daraus ziehen würden. Es genügt hervorzuheben, daß diese Konferenz festlich die volle Solidarität der Alliierten bekräftigt hat, die schon bei der Londoner Konvention im November verkündet worden war.

Wir erwarten die Ergebnisse all dieser Anregungen, die den Zweck haben, die bisher zu sehr vereinzelt und ungeordneten Anstrengungen der verschiedenen Staaten in besserem Einklang miteinander zu bringen. Wir haben uns in den letzten Monaten mit anhaltender Sorgfalt der möglichst vollkommenen Lösung all dieser zwischen uns und jedem unserer Verbündeten schwebenden Fragen gewidmet, die nach einer Regelung verlangten und leicht zu dauerlicher Instimmigkeit oder Verwirrungen Anlaß geben konnten. Mit Frankreich ist ein Abkommen getroffen worden, wonach wir im Sinne des französisch-italienischen Vertrages von 1902 und als Gegengabe für die französische Anerkennung unserer vollen Oberhoheit über Tripolis im Jahre 1912 auf die Vorrechte aus den marokkanischen Kapitulationen verzichtet und die Verträge und Abmachungen zwischen Italien und Marokko durch Verträge und Abmachungen zwischen Italien und Frankreich ersetzt haben.

Auch mit England sind wir dahin übereingekommen, daß unseren Staatsangehörigen und den Bürgern unserer Kolonien hinsichtlich in Ägypten ganz die gleiche Behandlung wie anderen Fremden zugesichert wird. Auf diese Zusicherung hin haben wir uns bereit erklärt, von jetzt ab grundsätzlich die Aufhebung der Kapitulationen in Ägypten anzuerkennen, zu der wir uns schon im Oktober 1912 bei der Anerkennung der italienischen Oberhoheit in Libyen durch England verpflichtet hatten. Wir haben auch der Umwandlung der gemischten Gerichtshöfe zugestimmt, deren Fortbestehen in der jetzigen Form bis Ende Januar 1917 vorgesehen ist.

Verstorbene Redner haben die grausame und harte Behandlung erwähnt, der die italienischen Staatsbürger in Oesterreich-Ungarn ausgesetzt sind. Es wurde gesagt, daß ihre Güter und Unternehmungen beschlagnahmt, daß ihnen verboten sei, ihre Einkünfte daraus in Empfang zu nehmen und ähnliches. Wir haben keine Kenntnis von derartigen Anordnungen und erwarten die Antwort auf unseren in dieser Sache durch Vermittlung der Vereinigten Staaten gemachten Schritt. Da sich aber die Klagen über solche schmerzlichen Fälle mehren, wollten wir der Regierung durch einen bereits unterzeichneten Erlass die Möglichkeit geben, entsprechende Gegenmaßnahmen gegen die feindlichen Interessen anzuwenden. Seit unserem Eintreten in den Krieg haben wir immer die Regel befolgt, nichts zum Schaden der feindlichen Unterthanen zu unternehmen, was nicht unbedingt in den Erfordernissen der militärischen Verteidigung liegt und alle auf internationalen Abmachungen beruhenden Kriegsregeln zu achten.

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amlich. Großes Hauptquartier, den 17. April 1916. (W. Z. V.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

An der Front keine Ereignisse von besonderer Bedeutung.

In der Gegend von Peronne (Flandern) wurde ein feindliches Flugzeug durch unsere Abwehrgeschütze dicht hinter der belgischen Linie zum Absturz gebracht und durch Artilleriefeuer zerstört.

Oberleutnant Berthold schoß nordwestlich von Peronne ein feindliches Flugzeug, einen englischen Doppeldecker, ab. Der Fahrer desselben ist tot, der Beobachter schwer verwundet.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Die Russen zeigen im Brückenkopf von Dänaburg lebhaftere Tätigkeit.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

Oberste Heeresleitung.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 17. April. (W. Z. V.) Amlich wird verlautbart:

Russischer Kriegsschauplatz.

Am oberen Sereth schlugen unsere Feldwachen einen russischen Sarstsch ab. Sonst nichts Neues.

Italienischer und Südböhmischer Kriegsschauplatz.

Nichts von Bedeutung.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes,

v. Casper, Feldmarschalleutnant.

Ich habe Ihnen in großen Zügen vorgeführt, was wir geschaffen haben, seitdem ich zum letzten Male die Erde hatte, über die internationale Lage zu Ihnen zu sprechen. Wir hatten dabei vor allem im Auge, die Bande der Einheit und Gemeinwirtschaft zwischen den Alliierten fester zu knüpfen, indem ihr diplomatisches, wirtschaftliches und militärisches Vorgehen in immer engerer Uebereinstimmung gebracht wird. Unser Ziel ist einfach: Wir wollen mit allen unseren Kräften für die gemeinsame Sache kämpfen und gleichzeitig die höchsten und dringlichsten Interessen der Nation sicherstellen. Dieser Krieg bezeichnet zweifellos einen neuen Abschnitt in der Geschichte der zivilisierten Welt. Unseres Mechtis gewiß, um unseren König gekrönt, in voller Uebereinstimmung mit unseren Westgenossen, kämpfen wir unerschrocken und mit höchster Neuanspannung, um den Sieg zu erlangen, der nicht wie unsere Feinde wollen, ein Zeitalter des Hasses und einseitiger Oberherrlichkeit, sondern ein Zeitalter der Gerechtigkeit und der Freiheit für alle Völker begründen wird. Wir haben

zweifellos noch härteste Proben zu bestehen;

aber gestützt auf das gegenseitige und herzliche Zusammenwirken der Alliierten, dank den Heldentaten unseres tapferen Heeres zu Wasser und zu Lande, in vollkommener Einheit der durch den glänzenden Vorkriegsstand aller Parteien und Bürgerklassen gestützten Weisheit gehen wir der Zukunft entgegen im Vertrauen auf das glanzvolle Schicksal Italiens. Jeder von uns, wie auch seine persönlichen Lebensumstände sein mögen, wird sich glücklich schätzen, auf seine Weise zu dem von den Alliierten begonnenen Werke des Heils beizutragen, indem er an der Verbollständigung und Befestigung des von ihnen mit so viel väterländischer Tugend und so vielen Opfern errichteten ruhmvollen Baus beiträgt.

In Beantwortung verschiedener Anfragen erklärte Sonnino, daß Italien, einzig bei anderer Gelegenheit vom Parlament unabweislich geäußerten Wunsch entsprechend, den Vertrag mit Deutschland über das literarische Eigentum durch Vermittlung der Schweizer Regierung gekündigt hat, so daß in einem Jahre die Bestimmungen des Berner Vertrages voll in Kraft treten.

Was die rechtmäßige Lage im Norddevisen im Zusammenhang mit den letzten Ereignissen betrifft, wird versichert, die griechische Regierung habe förmlich zugestanden, daß die Befragung dieser Gegend nur vorübergehend ist und eine Maßregel der Ordnung, nicht der Eroberung darstellt. Griechenland erkennt auch heute noch die Völklichkeit der Volkstäterkonferenz über Albanien an. Die griechische Regierung hat auch erklärt, daß die Zulassung von Abgeordneten aus dem Norddevisen zum griechischen Parlament demselben Bedingungen unterliegt, wie die Befragung selbst, der diese Abgeordneten ihre Berufung verdanken.

Was die unmittelbare Teilnahme und die wirksamere Aufsicht des Parlaments über die auswärtige Politik betrifft, so hat das der Kammer zustehende Recht der Aufsicht und des Urteils keine andere Schranke, als die Vaterlandsliebe dieser Versammlung. Jedoch erklärte sich Sonnino entschieden gegen jede Maßregel, die auf Beeinträchtigung des diplomatischen Geheimnisses abzielt, denn dies würde die italienische Regierung in ihren Verhandlungen mit den anderen Nationen offenbar schwächen.

Sonninos Rede rief an allen auf die Tätigkeit Italiens und seiner Alliierten bezüglichen Stellen stürmische Begeisterungsbewegungen der Kammer hervor. Abgeordneter Cappa, der nach Sonnino sprach, brachte dem Minister seine lebhaftesten Glückwünsche zur Ausdrucksform seines Charakters und zur Untatbarkeit seiner Lebensführung dar, was einen neuen Begeisterungssturm entfeuerte. Nach dieser Rede wurde Cappa von Salandra umarmt, und es erfolgte wiederum eine große Freudenumgebung.

Unter den von den Abgeordneten eingebrachten Tagesordnungen ist die des Katholiken Soderini bemerkenswert, in der von der Regierung Maßregeln zur Milderung der durch die übermäßig hohen Schiffsfrachten entstandenen Schwierigkeiten verlangt wurden.

Schließlich gelangt ein Vertrauensvotum für die Regierung mit 332 gegen 36 Stimmen zur Annahme.

Rom, 17. April. (W. Z. V.) Die Kammer hat das Budget der Auswärtigen Angelegenheiten in geheimer Abstimmung mit 307 gegen 40 Stimmen angenommen und sich dann bis zum 6. Juni vertagt.

Der französische Tagesbericht.

Paris, 17. April. (W. Z. V.) Amlicher Bericht von gestern nachmittag. In der Nacht dauerte auf dem linken Maasufer im Abschnitt von Avocourt und im Courtois-Walde der Artilleriekampf fort. Auf dem rechten Ufer haben wir gestern Abend einen lebhaften Angriff auf die deutschen Stellungen südlich von Douaumont gemacht; dies Unternehmen gelang vollständig, ließ uns einige feindliche Grabenabschnitte besetzen und zweihundert Gefangene machen, darunter zwei Offiziere. In der Woivre-Ebene Beschließung unserer ersten Linie mit Unterbrechungen. Von der übrigen Front ist außer dem üblichen Geschützfeuer nichts Besondere zu berichten.

Paris, 17. April. (W. Z. V.) Amlicher Bericht von Sonntag Abend. Auf dem linken Ufer der Maas beschloß der Feind heftig unsere Stellungen im Walde vor Avocourt und auf der Höhe 304. Auf dem rechten Ufer Tätigkeit der beiden Artillerien in der Gegend von Douaumont und in der Woivre in den Abschnitten Moulainville, Gaudimont und Eparges. An der übrigen Front war der Tag verhältnismäßig ruhig.

Belgischer Bericht. Nüchtern lebhafter Artilleriekampf in der Gegend nördlich von Steenstraete und östlich von Rams-capelle. Wir zerstörten einen feindlichen Beobachtungsposten und betonierte Unterstände.

Die englische Meldung.

London, 17. April. (W. Z. V.) Hauptquartierbericht vom Sonntag. Gestern Abend machten wir nach der Sprengung zweier Minen einen kleinen Angriff auf die feindlichen Stellungen südlich von der Straße Béhune-La Bassée mit befriedigenden Ergebnissen. Heute herrschte Artillerietätigkeit in der Nähe von Arras, Neuville, Grenay und Loos.

Der russische Kriegsbericht.

Petersburg, 17. April. (W. Z. V.) Amlicher Bericht vom Sonntag. Westfront: Die feindliche Artillerie beschloß den Brückenkopf von Kestell. In der Gegend nördlich von Smolensk griffen die Deutschen am 15. April bei Tagesanbruch an; alle ihre Versuche, vorzugehen, wurden durch unser konzentrisches Feuer vereitelt und waren ohne Erfolg. Während der Artillerievorbereitung zum Angriff verwendete der Feind Geschosse, die erstickende Gase verbreiteten.

Südlich des Bahnhofes von Dlyla gingen wir an einzelnen Stellen vor.

Kaukasusfront: In der Küstengegend und weiter südlich verteidigten unsere Truppen nach heftigem, sehr heftigem Kampf, unterstützt durch Artilleriefeuer von Land und See her, die Türken aus ihrer mächtig besetzten Stellung auf dem linken Ufer des Karabere. 25 Werk östlich Trapezunt. Wir verfolgten energisch den Feind. Die wiederholten Angriffe des Feindes in der Richtung auf Weiburt wurden alle mit großen Verlusten für den Gegner abgewiesen.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Rom, 16. April. (W. Z. V.) Amlicher Bericht. Tätigkeit der beiderseitigen Artillerie und feindliche Truppenbewegungen im Gebiet zwischen dem Lagarina- und dem Suganatal. Kleine feindliche Angriffe gegen unsere Stellungen bei Soglio d'Alpio und Milegrobe (Oberes Atpico) wurden abgelehnt. Im Suganatal haben wir den Gegner gezwungen, eine Stellung am Monte Carbolino, südöstlich von Devico, zu räumen, welche wir dank dem Sperrfeuer unserer Batterien halten. In Kärnten Artilleriekampf längs dem Frontabschnitt vom oberen Deganotal bis zum oberen Gut-Tal. Auf dem Prali-Berg in der Nacht zum 15. April ungeschädliche Feuerhürden des Gegners aus Maschinengewehren und Infanteriegeschützen gegen die Stellungen, welche er am 12. April vergeblich angegriffen hatte. Auf dem Karst setzten kühne Vorstöße unserer Infanterie östlich von Selz und Montifalcone und in den Resten weiterer Vorstellungen; wir nahmen dem Feinde ungefähr 20 Gefangene und einige Kisten mit Munition und Bomben ab. Cadorna.

Englischer Fliegerangriff auf Konstantinopel

London, 16. April. (W. Z. V.) Die Admiralität teilt mit: Am Abend des 14. April unternahm drei Marineflugzeuge einen Streifzug nach Konstantinopel, wo sie auf eine Pulverfabrik und auf Flugzeugschuppen Bomben abwarfen. Ein anderes Marineflugzeug besuchte Adrianopel und warf Bomben auf die Eisenbahnstation. Alle Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt. Der Flug nach Konstantinopel und zurück maß dreihundert Meilen. Das Wetter war zuerst schön, schlug aber später in Wind, Regen und Gewitter um.

Die englische Darstellung der mesopotamischen Kämpfe.

London, 16. April. (W. Z. V.) Ein amliches Telegramm aus Mesopotamien meldet: Am 14. April herrschte den ganzen Tag über schwerer Sturm. Während des 15. April wurden auf dem rechten Ufer des Flusses schrittweise, aber stetige Fortschritte gemacht und die vorgeschobenen Linien des Feindes durchbrochen und besetzt. Der Feind ließ viele Tote und eine erhebliche Zahl von Gefangenen in den eroberten Gräben. Das Wetter war am 16. April schön, aber dunstig.

Vom U-Boot-Krieg.

Paris, 17. April. (W. Z. V.) „L'Echo“ meldet die Versenkung des Fischereifahrzeuges Nr. 24 von Trouville, das durch die Kanonenschüsse eines deutschen Unterseebootes versenkt wurde.

London, 17. April. (W. Z. V.) Nords meldet: Das norwegische Schiff „Glendorn“ wurde durch Kanonenschüsse zum Sinken gebracht. Der unbewaffnete britische Dampfer „Carrivien“ wurde versenkt.

Französische Frauen für den Frieden.

Die „Friedens-Warte“ (Herausgeber Dr. Alfred G. Fried, Verlag Art. Institut Orell in Zürich) veröffentlicht in ihrem Aprilheft die deutsche Uebersetzung eines Flugblattes, das ein Ausschuh von Frauen Frankreichs unter dem Titel: „Eine dringende Pflicht der Frauen“ in großer Auflage in seinem Lande verbreitet. Nach dem „Berl. Tagebl.“ heißt es darin u. a.:

Endigt aber unsere Aufgabe mit der Wohltätigkeit, mit der Heldenbereitschaft? Haben wir darüber hinaus nicht zu denken und zu urteilen? Kann es unsere Pflicht sein, den Krieg wie eine natürliche Prüfung geduldig zu ertragen? Seit einem Jahre mehrere Millionen Tote, mehrere Millionen unbekannter Totenkämpfe! Unter diesen Leiden sechshunderttausend der unseren! Alle Nationen Europas beängstigt, zugrunde gerichtet. Und dies ist noch nicht alles. Denn diese Tote, diese Millionen Tote sind nicht in jeder Nation die Erstgeborenen. Als wenn der Krieg seine Opfer wählen würde, so sind die, die er uns bis jetzt getötet hat, und die er uns noch täglich tötet, die besten unter uns. Die ganze Kraft und der ganze Reichtum Frankreichs verfließen schon mit dem Blut der Franzosen. Wie viele gute Arbeiter fehlen schon? Die Arbeit der Vergangenheit — diese wertvolle Erbschaft des Landes —, sie wird durch jede Kriegstunde zunichte gemacht. Man kann sagen, daß Frankreich in fünfzig Tagen für sich selbst den Betrag der Last im Jahre 1871 von Deutschland auferlegten Kriegsschuldung von fünf Milliarden ausgiebt. Alle fünfzig Tage fünf Milliarden!

So sieht dieser Krieg aus, dessen Wohlfaht man uns rühmte. Stellen wir uns fest, daß er sich von allen anderen Kriegen unterscheidet. Bis jetzt war die Hauptmasse der Völker dem Krieg ferngeblieben und nur der Zusammenstoß einiger Armeen entschied über das Ergebnis. Zum ersten Male in der Weltgeschichte sind die Nationen als solche aufgezogen und aufeinander geworfen. Mehr als zwanzig Millionen Menschen, alte und junge, stehen sich gegenüber.

Die Nationen, die seit mehr als einem Jahre diesem Opfer zustimmen, glauben alle an die Gerechtigkeit und an die Heiligkeit ihrer Sache. Deshalb wiederholen sich auch allseitig dieselben Reden: Verteidigung des bedrohten Vaterlandes, Befreiung der Unterdrückten, Erreichung eines dauernden Friedens...

In einem solchen Krieg, wo alle Völker für ihr Leben kämpfen, folgen sich die Zusammenstöße fast auf denselben Stellen und in immer ohne Ergebnis. Die Geschichte kennt kein Beispiel einer solchen, fast unterschiedslos Gleichheit der Waffen, einer solchen zu nichts führenden Kräftevergeudung. Durch die Gewalt kann keine Nation mehr siegen. In einem Kriege aller Vaterländer muß man ohne jede Einschränkung sagen, daß, wenn man unter Sieg die absolute Niederlage des Gegners versteht, dieser ebenso wie eine Niederlage unmöglich geworden ist. Kein Volk kann siegen, aber auch keines kann besiegt werden. Und wenn man unter Sieg die Tatsache des Durchhaltens versteht, muß man zugeben, daß nach einem Kriegsjahr alle Völker siegreich sind und als unbesiegt erscheinen. Unklar ist in der qualvollen Erwartung des Morgens zu leben, möge unser Volk, indem es sich von jeder Beunruhigung wie von jedem vergeblichen Ehrgeiz freigibt, doch barzischen, daß es seit einem Jahr einen ungeheuren Sieg durch diesen unvorhergesehenen, aber nicht zu erschlaffenden Widerstand errungen hat, der das Erwachen der Zukunft bilden wird. Ist aber nicht auch die Stunde gekommen, ehrlich einzusehen, daß dieser Krieg, der keinem vor ihm gleich, auch nicht wie die früheren Kriege beendet werden kann? Gehören noch lange Monate der Ungewißheit, um zu erkennen, daß er durch die Tapferkeit der Kämpfer ebenso wie durch die Verbalkommung der Waffen dazu bestimmt ist, ohne Ergebnis zu bleiben?

Es wäre besser, sich aufrichtig zu fragen, welche unschätzbaren Güter für unser Volk aus einer unbesiegbaren Verlängerung dieses Krieges sich ergeben würden. Was ist „am Ende“ gewinnen könnten, würden das Eroberungen sein? Niemand in Frankreich hat je ernstlich daran gedacht. Handelt es sich um politische Verhältnisse der Welt? Dann müßte man sagen, durch welche Mittel man einem Volk solche Veränderungen aufzuerlegen hofft, und wenn man auch schon diese Veränderungen durchgeführt hat, durch welche Handlungen man ein Volk dazu bringen kann, das neue Regime auch wirklich anzuerkennen. Rechnet man mit der Erschöpfung des Feindes? Laßt man aber dadurch nicht Gefahr, selbst in die gleiche Lage zu kommen? Alle Tatsachen beweisen, daß trotz der täglichen Ausgaben, der erschwerteren Lebensmittelförderung, der täglichen großen Verluste eine große, zu jedem Opfer bereite Nation, indem sie ihren Bedarf einrichtet und jedes Jahr neue Aufträge ausführt, über Ressourcen verfügt, die einfach unergründlich sind. Die Verletzung der unterdrückten Völker? Man vergißt vielleicht zu sehr, daß sehr verschieden geartete Mächte, neben Preußen und Österreich, z. B. Rußland, sich in der Höhe stellen, sie unter ihrem Schutze zu bringen. Auf alle Fälle sind die aus den Ansprüchen der verschiedenen Nationalitäten sich ergebenden Probleme so verschiedenartig, daß sie nur im Frieden gelöst und auf großen Kongressen besprochen werden können. Nebenbei versteht es sich von selbst, daß man weder eine Annexion noch eine Gebietserweiterung gegen den Wunsch der Völker vornehmen dürfte. Ein dauernder Friede? Glaubt man wirklich, daß er durch Waffen erzwungen und plötzlich gesichert werden kann? Glaubt man wirklich, daß man durch den Krieg den Militarismus in Preußen und irgendwo anders zerstören wird, so wie man ein Dorf zerstört?

4. Nun bleibt eine letzte Annahme: der Krieg muß, wirtschaftlicher Gründe wegen, bis ans Ende geführt werden. Tatsächlich kann ein militärischer Sieg niemals die wirtschaftliche Notwendigkeit eines Bundes über ein anderes sichern. Andererseits wird keine wie immer geartete militärische Niederlage Hundert Millionen gentile und geistliche Menschen daran hindern können, wie in der Vergangenheit zu arbeiten, zu erzeugen und ihre Erzeugnisse zu billigen Preisen zu verkaufen und zu exportieren. So ist die Idee einer ungeheuren, dem Feind aufzuerlegenden Kriegsentwässerung von allen jenen Zielen, die man dem Kriege zuschreibt, eine der populärsten. Betrachtet man unseren Teil, indem man die Ausgaben und Verluste Frankreichs, Belgiens, Englands, Italiens, Russlands und Serbiens ins Auge faßt, dann kommen wir sehr schon, nach fünfjährigem Kriegsjahre, zu einer Summe, die Hundert Milliarden fast erreicht. Wenn man nun auch annehmen will, daß ein Volk je eine Entschädigung leisten könnte, so muß man sich doch darüber klar sein, daß man es, um ihm eine solche Last aufzuerlegen, so reichlich besiegen müßte, wie niemals weder durch Napoleon noch durch Cäsar ein Volk besiegt werden konnte.

Schlussfolgerungen.

Es erscheint unabweisbar, als wenn die Nichtkämpfenden sich vor einer einzigen Gefahr zu hüten hätten: vor der Zeit zu ermatten. Diese Gefahr besteht; aber auch noch eine andere: neben dem Verbrechen eines vorzeitigen Friedens gibt es das Verbrechen eines zuwiesigen verlängerten Krieges.

Wenn man auch von einem Krieg ohne Ergebnis spricht, bedeutet dies schon einen Frieden um jeden Preis? Man muß um jeden Preis jedem Frieden entsagen, der, direkt oder indirekt, die politische oder wirtschaftliche Unabhängigkeit oder die territoriale Integrität Frankreichs oder Belgiens berühren würde, denn es ist einem Volk nicht erlaubt, sich von dem Willen der anderen abhängig zu machen. Wir verlangen nicht in einem Anfall verbrecherischen Wahnsinns, daß unser Vaterland um Frieden bitte. Wir glauben aber auch nicht, daß die Stunde, an der dieser Krieg aufhören soll, in den Sternen geschrieben steht. Der Friede wird nicht von selbst kommen. Man darf ihn nicht wie ein menschliches Werk vorbereiten, das Das sein wird, was die Bemühungen aller aus ihm machen werden.

Wunsch.

Die französische Abteilung der Frauenvereinigungen für einen dauernden Frieden hat den folgenden Wunsch entworfen und allen Mitgliedern des Senats und der Kammer übermitteln:

„Wir, französische Frauen,

„Vertrauen den wiederholten Erklärungen der verbündeten Regierungen, daß das einzige Ziel des gegenwärtigen Krieges ein dem Recht entsprechender Friede sein wird,

„Vertrauen dem am 3. November durch die französische Regierung gegebenen Versprechen in bezug auf die Bedingungen des künftigen Friedens,

„Und nachdem wir öffentlich erklärt haben, daß jeder Friede, der direkt oder indirekt die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit und die territoriale Integrität Frankreichs und Belgiens in Frage stellen könnte, abzulehnen sei,

„auf die Langsamkeit aber und die Fehler der Geheimdiplomatie hingewiesen und gezeigt haben, wie sehr eine demokratische Kontrolle notwendig ist,

„Intercedieren wir den Wunsch:

„1. daß alle Regierungen der Alliierten ihre Friedensbedingungen festlegen und bekanntgeben mögen,

„2. daß diese Regierungen nicht von vornherein die Friedensbedingungen ablehnen mögen, die von welcher Seite immer schon gekommen sind oder noch kommen werden,

„3. daß die französische Regierung diese der Kammer zur Prüfung und dadurch der Kontrolle der öffentlichen Meinung unterbreiten möge.“

Neuer Zwischenfall in Griechenland.

Athen, 17. April. (W. Z. V.) Ministerpräsident Stalubis hat Sonnabend in der Kammer die Angelegenheit der angeblichen Unterschlagung russischer Güter Margelegt. Es handelt sich nicht um russisches, sondern um griechisches Eigentum, das Bulgarien zur Erleichterung der Wehrlieferung von Bulgarien nach Griechenland überlassen werden sollte.

Wie aus Athos gemeldet wird, drang eine französische Marineabteilung gewaltsam in Katalo ein, um nach Venzin zu suchen. Dem Gendarmeriechef, der dagegen Einspruch erhob, antwortete der französische Befehlshaber, daß er unter Umständen von seinen Schiffskanonen Gebrauch machen werde. Die Nachforschungen verliefen ohne Ergebnis. Der Vorfall machte einen für die Franzosen höchst ungünstigen Eindruck. Nur der Besonnenheit des griechischen Gendarmerieoffiziers ist es zuzuschreiben, daß ein blutiger Zusammenstoß vermieden wurde.

Drückerlei auf einer Venizelistenkonferenz.

Athen, 16. April. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Bei der zweiten politischen Konferenz der Venizelisten, die heute im Palais des Nations stattfand, kam es zu ernstlichen Ereignissen. Während der Vorsitzende Regopoulos den Redner Sofoulis einführte, riefen einige Leute im Publikum: Lange lebe der König. Es wurden Schüsse in die Luft abgefeuert. Eine Panik folgte und es kam zu einer Prügelei mit Stöcken. Die Polizei schritt ein. Das Theater wurde umringt und viele Venizelisten wurden verhaftet.

Französische Pressezensur in Saloniki.

Saloniki, 17. April. (W. Z. V.) Neutermeldung. General Sarrail ließ nach vorheriger Verständigung des Präfeldens die Räume des Blattes „Nea Hellas“ besetzen, weil die Zeitung, trotzdem sie gewarnt worden war, Nachrichten über Truppenbewegungen veröffentlichte, die gegen die Interessen der französischen Armee waren.

Straßenbahnerstreik in Genua.

Bern, 17. April. (W. Z. V.) Laut „Corriere della Sera“ streiken in Genua die Straßenbahner, da ihnen die wegen der Lebensmittelerhöhung geforderte Lohnerhöhung nicht gewährt wurde.

Deutsch-russischer Kriegsbeschädigten-austausch.

Petersburg, 16. April. (W. Z. V.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Nach langer Pause hat der Austausch deutscher und russischer Kriegsbeschädigter wieder begonnen: Heute morgen sind ein Offizier, zwei Berzte und zweihundertachtundzwanzig Soldaten über Finnland hier eingetroffen.

Sofin, 17. April. (W. Z. V.) Gegen 2 Uhr nachmittags traf hier der aus Rußland kommende Transport von Austauschgefangenen, bestehend aus 58 Deutschen und etwa 150 Oesterreichern und Ungarn ein.

Russische Behandlung deutscher Kolonisten.

Stockholm, 17. April. (W. Z. V.) „Ruskoje Slowo“ enthält unter der Überschrift „Unnütze Leute“ folgende Angabe: In Kostroma sind 1600 deutsche Kolonisten angefangen. Der Gouverneur meldet, daß er für diese Leute keinen Platz und keine Nahrung habe und sich weigere, sie in der Stadt aufzunehmen.

Der amerikanisch-mexikanische Konflikt.

San Antonio (Texas), 16. April. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Der Kommandant des zehnten Kavallerieregiments, das, wie man glaubt, nördlich von Carral abgefeuert ist, hat das Hauptquartier erlucht, ihm sofort ein Flugzeug zu schicken, da es eine wichtige Meldung über die Ereignisse nach der Ueberumpelung in Carral zu erstatten habe. General Verding teilt mit, daß am Freitag 40 Wagnern bei Satero eine Automobilkolonne angegriffen haben, aber vertrieben wurden.

New York, 17. April. (W. Z. V.) Meldung des Reuterschen Bureaus. Einem Telegramm aus San Antonio (Texas) zufolge geht aus dem amtlichen Bericht des Majors Topfins hervor, daß 300 Mann von Carranzas Truppen mit Unterstützung der Bevölkerung von Carral die amerikanischen Truppen angegriffen haben. Diese mühten sich unter beständigen Nachhutgefechten von Carral nach Santa Cruz zurückzuziehen. Die Mexikaner hatten 11 Tote. Die amerikanischen Verluste waren: Major Topfins leicht verwundet, zwei Mann tot, sechs verwundet.

Zu den chinesischen Wirren.

Peking, 17. April. (W. Z. V.) Das Reutersche Bureau meldet: Nach einem Telegramm aus Tientsin aus verlässlicher Quelle haben Verhandlungen zwischen den Vertretern des Gouverneurs von Szechuan und Tsiao, dem Führer von Jünnan zu folgendem Ergebnis geführt. Legation stimmt zu, daß Yuanfukai Präsident bleibt, vorausgesetzt daß ein verantwortliches Kabinett gebildet und die Armeen unter die Kontrolle des Kabinetts und nicht des Präsidenten gestellt wird. Tsiao sagte sich mit den anderen aufständischen Provinzen in Verbindung, um zu erfahren, ob sie diesen Bedingungen zustimmen wollen.

Politische Uebersicht.

Vergebliche Liebesmüh.

In den „Mittellungen aus der konservativen Partei“, dem „Zentralorgan der konservativen Vereine Deutschlands“, behandelt Seminarlehrer Vehlauer-Greifswald die Vereinsaktivität während des Krieges. Er kommt (nach der „W. Z. V.“) zu dem Schluss, daß auch während des Krieges „alle Parteien im parteipolitischen Sinne tätig sind“ und erklärt für die Deutschkonservativen: „Wir bleiben, was wir sind, und von unseren konservativen Idealen lassen wir uns nicht rauben.“ Für die Zukunft stellt er zur Ueberwindung der Sozialdemokratie für die konservative Partei folgende Aufgaben: „Wir müssen die Städte, auch die Großstädte mit ihren industriellen Arbeitern erobern. Unendlich viele neuen Leute nach dem Parteilichen fremd gegenüber, viele sind Wirtläufer der liberalen, namentlich auch der sozialdemokratischen Partei. Hier müssen Mittel und Wege gefunden werden, wie man an diese Wirtläufer herankommt.“

Wenn auch „während des Krieges die eigentliche Werberbeit ausgeschlossen ist“, fordert Seminarlehrer Vehlauer doch schon jetzt die Inangriffnahme ihrer Vorbereitung. Vlanmäßig mühten Lehrlinge und Vereinsabende eingerichtet werden. Jeder größere Verein

müsse einen Ausführender bilden, der Vorträge bestimme und geeignete Redner gewinne. Grundsätzlich mühten behandelt werden: 1. Wirtschaftspolitik, 2. Wahlrecht, 3. Monarchie und Demokratie.

Schon die Nationalliberalen haben erklärt, daß sie unter den industriellen Arbeitern der Großstädte eine lebhafte Propaganda für ihre Partei entfalten wollten. Jetzt äußern die Konservativen gleiche Absichten. Da sie aber zugleich erklären, daß die Konservativen bleiben, was sie waren und sind, wird ihre Agitation jetzt und erst recht in Friedenszeiten wie bisher erfolglos bleiben.

Deutsch-österreichische Wirtschaftsdagen.

Wie amtlich mitgeteilt wurde, hat es sich bei dem Besuch des österreichischen Ministers v. Burian in Berlin um die Erörterung einer ganzen Reihe schwebender Fragen gehandelt. Dazu erzählt nun die „Tägl. Rundschau“, daß der Hauptbestandteil dieser Fragen die wirtschaftlichen Angelegenheiten gebildet haben, und zwar sowohl diejenigen, die sich auf einen wirtschaftlichen Zusammenschluß der Mittelmächte beziehen, als auch diejenigen, die der Abwehr des von unseren Feinden geplanten Wirtschaftskrieges gelten. Bezeichnend in dieser Beziehung ist es, daß an dem Frühstück, das der Staatssekretär des Auswärtigen Amts v. Jagow zu Ehren des Barons Burian gab, auch der Reichsschatzsekretär Helfferich, der Unterstaatssekretär Dr. Richter und Direktor Johannes teilnahmen. Dr. Richter hat eine wichtige Stimme bei den Entscheidungen, die im Reichsamt des Innern über unsere wirtschaftlichen Beziehungen zum Ausland getroffen werden, und Dr. Johannes ist der Leiter der handelspolitischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

Fahrpreiserhöhung der Straßenbahnen.

Eine allgemeine Erhöhung der Straßenbahnfahrpreises um 50 Proz. erwirbt der Verein Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen. Die Tarifkommission erstattet einen längeren gedruckten Bericht an die außerordentliche Hauptversammlung des Vereins Deutscher Straßenbahn- und Kleinbahnverwaltungen. Am Schlusse der Darlegungen heißt es: Die Erfahrungen fast sämtlicher Bahnen Deutschlands haben ergeben, daß der 10-Brennig-Rindertarif neben den erheblichen Vergünstigungen den wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Bahnen gedenkt hat. Was die Vergünstigungstabelle anbelangt, so wird man eine 50prozentige Ermäßigung denjenigen Fahrgeboten, die die Bahn regelmäßig benützen, einräumen können. Bei Einhaltung dieses Prinzips wird aber der bargeldige Fahrgast nicht das Risiko für diejenigen übernehmen müssen, die den vollen Fahrpreis nicht entrichten können. Es muß als eine entsprechende Erhöhung des Bahntarifs Platz greifen. Die Erhöhung muß sich in bezugartigen Grenzen bewegen, daß auf Jahre hinaus erneute Tarifsteigerungen vermieden werden. Sie ist so zu bemessen, daß die Erträge eine Wiedergenesung der wirtschaftlichen Lage unserer Verkehrsunternehmen bringen. Dieses Ziel kann aber mit Rücksicht auf die nachgewiesenen und noch zu erwartende Steigerung der Betriebskosten nur erreicht werden durch eine Erhöhung des Rindertarifes um 50 Proz., d. h. durch eine Erhöhung von 10 auf 15 Pf. Bei den augenblicklichen und sich freizig steigenden Ausgaben werden sonst fast sämtliche Bahnen unbedingt einer wirtschaftlichen Krise entgegensehen müssen. Der seit Jahrzehnten noch allgemein angewendete 10-Brennig-Tarif entspricht nicht mehr dem Gesetze von Leistung und Gegenleistung...

Die Straßenbahnen glauben, daß die jetzige Zeit besonders günstig für einen Rückschlag auf die Taschen des Publikums ist. Deshalb unternehmen sie ihn. Von einer „Kostlage“ dieser Gesellschaften war bisher nichts bekannt. Im Gegenteil! Die Betriebe haben auch während des Krieges recht ansehnliche Ueberschüsse abgeworfen.

Der türkische Zolltarif.

Konstantinopel, 15. April. (W. Z. V.) Das Amtsblatt veröffentlicht ein Gesetz betreffend Einführung eines Zolltarifs mit spezifizierten Gewichtszöllen. Der Zolltarif tritt am 14. September für drei Jahre in Kraft.

Teuerung auch in Australien.

Die Kosten des Lebensunterhaltes in Australien gehen nach der „Justice“ (London) vom 6. 4. ständig in die Höhe. Sie waren im Jahre 1915 um 27,8 Proz. höher als im Jahre 1911; davon entfallen 12,1 Proz. auf die sprunghafte Steigerung von 1914 auf 1915.

Kriegsbekanntmachungen.

Paketbeförderung an Heeresangehörige.

Amtlich. Berlin, 17. April. (W. Z. V.) Zur Abfertigung der Beförderung der Privatpakete und Frachtpakete an Heeresangehörige im Felde treten vom 25. April ab folgende Neuerungen in Kraft:

Statt der bisher in den einzelnen Korpsbezirken für Truppenteile des Korpsverbandes bestehenden Militärpaketdepots werden in der Richtung zur Front Sammelpaketämter eingerichtet. Damit fallen die bisher in zahlreichen Fällen entfallenden Umwege weg.

Soweit nach Bestimmung der Heeresverwaltung diese Sammelpaketämter den Truppen und von da nach der Heimat mitgeteilt werden, ist außer der Feldadresse des Empfängers auch das Sammelpaketamt in der Aufschrift anzugeben.

Nur das zuständige Sammelpaketamt nicht zuverlässig bekannt, so sind

a) Privatpakete (bis zu 10 Kilogramm) an Heeresangehörige ohne Angabe eines militärischen Paketamts bei den Postanstalten abzusenden, die für Weiterbeförderung sorgen;

b) die Frachtbriefe zu Eisenbahngütern (von mehr als 10 bis 50 Kilogramm) bis auf die Zeile „Bestimmungsstation“ vollständig ausgefüllt, zunächst zum nächsten Militärpaketamt zu senden. Dort wird das zuständige Sammelpaketamt ermittelt und die Frachtbrieftaufschrift ergänzt. Auf Grund dieses Frachtbrieftafels wird dann das Gut bei der Eisenbahnbeförderung des Versandortes zur unmittelbaren Abholung angenommen.

Empfohlen wird, die Frachtbriefe jedesmal auch dann zur Eintragung des Sammelpaketamts oder vorher einzufenden, wenn nicht ganz sicher festgestellt, daß die hierüber aus dem Felde gemachte Mitteilung noch zutrifft.

Die Eisenbahnbeförderungen werden die mit den Beförderungsbedingungen nicht vertrauten Wenden in jeder Weise unterstützen. Besondere Auskunft über das zuständige Militärpaketamt und dergl. mittels der grünen Doppelfarte erübrigt sich hiernach und wird nicht mehr erteilt.

Die näheren Vorschriften werden bei den Militärpaketämtern, Postanstalten und Eisenbahnbeförderungen ausgehängt.

Letzte Nachrichten.

Vertagung der Duma.

Petersburg, 17. April. (W. Z. V.) Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur. Durch kaiserliche Erlasse sind die Duma und der Reichsrat bis zum 29. Mai vertagt worden.

Villa tot?

London, 17. April. (W. Z. V.) Nach einer New Yorker Reutersmeldung auf Grund eines Telegramms aus der Stadt Mexiko an das Kriegsdepartement soll Carlos Carranza, der Neffe des Generals Carranza, die Leiche Villas gefunden und nach Chihuahua gebracht haben. Wie verlautet, ist Villa in Luft gestorben, nachdem ihm ein Wein abgenommen worden war. Staatssekretär Obregon war nicht in der Lage, die Nachricht zu bestätigen.

Gewerkschaftliches.

Die Angestelltenbewegung nach dem Kriege.

Handlungsgehilfen und Techniker, ebensogut wie Bureauangestellte und die übrigen Angestellten erlebten bei Ausbruch des Krieges eine Unsicherheit ihrer wirtschaftlichen Existenz, die vielen unvergesslich bleiben wird. Der plötzliche Ausbruch des Krieges, die vielen Feinde Deutschlands, die dadurch bedingte unsichere Aussicht für die Zukunft veranlaßten Handel und Industrie, ziemlich rücksichtslos vorzugehen. Der Kündigungsstermin Mitte August 1914 wurde schlechthin als der „schwarze Tag“ der Privatbeamten bezeichnet. Der Verein für Handlungs-Kommis von 1888 (Kaufmännischer Verein) hat in Hamburg, wo fast ein Viertel seiner Mitglieder ansässig ist, eine Erhebung veranstaltet, die die einzige ihrer Art geblieben ist. Der Verein suchte die Einwirkung des Krieges auf die Anstellungs-, Entgelts- und Kündigungsverhältnisse zu erforschen. Von den ausgesandten Fragebogen gingen im ganzen 8817 ausgefüllt ein. Die Bearbeitung dieses gewiß nicht allzu großen Materials, das aber doch eine ungefähre Stichprobe erbringt, ergab, daß 207 Handlungsgehilfen schon vor Kriegsausbruch stellenlos waren, 528 wurden es während der Mobilmachung, 794 erhielten ihre Kündigung zum 30. September 1914 und 2288 der Antwortenden blieben zunächst noch in ungeklärter Stellung. Doch mußten sich von diesen letzteren 1018 eine Gehaltsverminderung gefallen lassen, und zwar 280 eine solche bis zu 25 Proz., 298 eine solche bis zu 33 1/2 Proz., 412 eine solche bis zu 50 Proz. und 28 (zumeist Provisionsreisende) eine solche sogar von mehr als 50 Proz. des bisherigen Entgelts.

Also nur 1270 der antwortenden Handlungsgehilfen blieben in ihrer bisherigen Stellung. . . .

Die lange Dauer des Krieges hat auch viele Familien, die anfänglich noch ohne besondere Schwierigkeiten durchkommen konnten, jetzt in wirtschaftliche Not gebracht. Gewiß haben viele Firmen, ohne Zweifel sogar mehr als angenommen werden konnte, das ihrige getan, um das Durchhalten zu erleichtern. Man darf aber nicht vergessen, daß die Familien der Privatbeamten unter anderen Voraussetzungen lebten und daher auch verhältnismäßig mehr leiden, als die des Arbeiters oder die eines anderen Berufsangehörigen. Die laufenden Verpflichtungen an Miete, Schulgeld, Versicherungen, Kleidung usw. werden nicht sofort aufgehoben. . . . Die Lösung der laufenden Verträge ist nicht immer möglich gewesen, so daß sich tatsächlich eine Notlage einstellen mußte, die auch durch das Eingreifen der Organisationen nicht immer gemildert werden konnte. Daß sich dadurch eine gewisse Verschärfung der Anschauungen ergeben hat, ist nicht abzuleugnen. Die Organisationen werden jedenfalls mit dieser Stimmung, die ihnen aus Feldpostbriefen bekannt ist, auch nach dem Kriege zu rechnen haben.

Dieses düstere aber völlig zutreffende Bild der gegenwärtigen Lage der Angestellten haben wir nicht etwa einer der freigewerkschaftlichen Angestelltenzeitungen entnommen. Es stammt vielmehr aus einer Schrift, die kürzlich Dr. Köhler, der Leiter eines großen kaufmännischen Harmonievereins, unter dem Titel: „Die Privatbeamtenpolitik nach dem Kriege“, herausgegeben hat. Aber nicht nur die gegenwärtige Lage der Angestellten hält dieser bürgerliche Angestelltenführer für so ungünstig, er schildert auch die Aussichten nach dem Kriege als sehr trübe.

Er meint, die wirtschaftlichen Aussichten nach dem Kriege werden nicht dazu angetan sein, ein schnelles Abflauen der radikaleren Stimmung unter den Angestellten herbeizuführen. „Trotz der Voraussetzung, daß wir uns einen einigermaßen erfolgreichen Frieden erkämpfen können, wird doch zunächst mit der Fortdauer der ungünstigen Lage zu rechnen sein.“ Er weist auf die unausbleiblichen Steuerlasten hin. Auch an eine baldige Entspannung der Lebensmittelpreise glaubt er nicht. Der Mangel an Kleinwohnungen wird seiner Ansicht nach eine Wohnungssteuer zur Folge haben. „Die Privatbeamten sind außerstande, den Teuerungszulagen ihrerseits irgendwie Einhalt zu gebieten. Auch die Organisationen sind machtlos.“

Aus dieser Lage der Angestellten und aus ihren schlechten Aussichten nach dem Friedensschluß glaubt nun Dr. Köhler folgern zu müssen, daß die Angestellten von ihren Organisationen in höherem Maße wie bisher einheitliches Handeln verlangen werden, da der einzelne Verband natürlich eine geringere Macht darstellt, als die Gesamtheit oder als der Zusammenschluß eines Teiles der Verbände.

Mit dieser Erwartung hat Dr. Köhler zweifellos recht. Mehr als bisher werden die Angestellten von ihrer Arbeit in den Organisationen auch Erfolge sehen wollen. Daß hierzu eine organisatorische Zusammenfassung möglichst weiter Kreise der Angestellten erforderlich ist, leuchtet ohne weiteres ein. Es ist nur eigenartig, wie sich Dr. Köhler die Vereinheitlichung der Angestelltenbewegung vorstellt. Er tritt nicht etwa dafür ein, daß die vereinigten Verbände der radikaleren Stimmung der Angestellten Rechnung tragen und entschieden gegen die Unternehmer auftreten als bisher. Nein, er ist sogar der Ansicht, daß die bisherige Taktik der Angestelltenverbände, die sich darauf beschränkte, die geschehenden Körperperschaften mit Petitionen zu befürworten und die Unternehmer mit Witschriften von höherer Gehälter zu überhäufen, die einzig mögliche für die Angestellten ist. Die gewerkschaftlichen Kampfmittel, wie Streik, Boykott usw. verwirft er immer noch nachdrücklich. Er läßt deshalb auch erkennen, daß bei der anzustrebenden Vereinigung der Angestelltenorganisationen es besser ist, wenn die Organisationen, die „reine Arbeitnehmerpolitik“ — im Anschluß an die organisierten Arbeiter — treiben, nicht mit erfasst werden. Eine Zusammenfassung, in der auch solche Verbände einbezogen sind, könnte niemals eine dauernde Arbeitsgemeinschaft werden.

Auch darin werden die freigewerkschaftlich organisierten Angestellten mit Dr. Köhler zweifellos einer Meinung sein. Aber wir glauben auch, daß eine Vereinheitlichung der Angestelltenbewegung auf der angestrebten „mittelständlerischen“ Grundlage recht wenig die durch die Not der Zeit radikalisierten Angestellten befriedigen wird. Diese werden vielmehr darauf dringen, daß die alten Verbände ihre Taktik von Grund auf ändern. Sollten die Organisationen diesem Drängen jedoch nicht nachgeben, so werden die aus dem Kriege zurückgekehrten Angestellten den Weg schon zu denen finden, die von jeder anderen Wege im Kampfe um bessere Arbeitsverhältnisse eingeschlagen haben, zu den freigewerkschaftlichen Angestelltenverbänden. Mancher Angestellte hat draußen im kameradschaftlichen Verkehr mit organisierten Arbeitern sicher ein Stück von der Abneigung gegen gewerkschaftliche Kampfmethoden abgelegt.

Berlin und Umgegend.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen war erneut gewählt, eine Ergänzungswahl zur Ortsverwaltung vorzunehmen, weil der in der vorigen Versammlung gewählte erste Vorsitzende Wendland inzwischen zum Militär eingezogen worden ist. Nach längerer Diskussion über die vorgeschlagenen Kandidaten wurde der frühere Vorsitzende Eichner mit 388 Stimmen gewählt. Der von anderer Seite (der Opposition gegen die alte Ortsverwaltung) vorgeschlagene Kandidat Talle erhielt 62 Stimmen. — Ferner beschloß sich die Versammlung mit der Angelegenheit Rossano. Diese Angelegenheit ist darauf zurückzuführen, daß in unserem Bericht über die vorige Versammlung bemerkt war, Rossano, der als Delegierter zur Gewerkschaftskommission gewählt wurde, sei uns kürzlich wiederholt vor der Schlichtungskommission der Riktarfächner bezeugt, wo er als Zwischenmeister von Arbeiterinnen verklagt war, denen er den Tariflohn nicht gezahlt hatte. Infolge dieses Berichtes hat sich die Ortsverwaltung des Handlungsgehilfenverbandes an die Ortsverwaltung des Schneiderverbandes gewandt und die Auskunft erhalten, Rossano sei bei der Schlichtungskommission wiederholt verklagt und verurteilt worden, den Tariflohn zu bezahlen. Trotzdem habe er ständig neue Arbeit unter dem Tarif angenommen. — Hierauf hat Rossano der Ortsverwaltung des Handlungsgehilfenverbandes ein Schriftstück des Vorsitzenden der Schlichtungskommission, Magistratsrats v. Schulz, vorgelegt, welches günstiger lautet als die Auskunft vom Schneiderverband. Dann hat die Ortsverwaltung eine Kommission eingesetzt, welche die Akten der Schlichtungskommission eingesehen und daraus festgestellt hat, daß Rossano mehrmals von Arbeiterinnen wegen zu niedriger Entlohnung verklagt war. Es handelte sich dabei um Militärarbeiten, die Rossano aus zweiter Hand hatte. Die Firma, welche die Arbeit vom Schneiderverband übernommen hatte, war diesem gegenüber die Verpflichtung eingegangen, einen bestimmten Arbeitslohn zu zahlen. Von dieser Verpflichtung hat die Firma bei Weitergabe der Arbeit nicht erwähnt, so daß auch Rossano nichts davon wußte. Er hat, wie es die Zwischenmeister immer zu machen pflegen, bezahlt, was er nach den Preisen, die er selbst erhielt, glauben zahlen zu können. Die Klagen sind, soweit es sich um den Akten feststellen ließ, in der Weise erledigt worden, daß Rossano die von seinem Auftraggeber geforderte Nachzahlung erhielt und dann die Lohnunterschiede an die Klagen Arbeiterinnen nachschickte. — Rossano betonte in der Versammlung, die Vorwürfe, welche Klagen vom Schneiderverband gegen ihn erhoben habe, seien unrichtig. Er sei allerdings verklagt, aber in keinem Falle verurteilt worden. Er habe immer reell gehandelt. Zur Zahlung von Tariflöhnen sei er nicht verpflichtet gewesen, weil für die betreffenden Arbeiten damals noch kein Tarif bestanden und er von der Lohnverpflichtung der Firma, welche die Arbeit direkt übernommen hatte, nichts gewußt habe. — Im weiteren Verlauf der Debatte wurde unter anderem die in unserem vorigen Bericht über Rossano enthaltene Bemerkung als eine Ehrenkränkung Rossanos und als eine Schädigung der Organisation bezeichnet. — Hierzu machte Viesegang die Bemerkung: Vom geschäftlichen Standpunkt ist nicht dagegen einzumenden, daß sich Rossano mit Militärarbeiten beschäftigt hat. Aber jemand, der sich fortgesetzt solche Arbeit holt und die Arbeiterinnen zu billig entlohnt, auch nachdem er erfahren hat, daß der Lohn zu niedrig ist und nachdem er deshalb verklagt worden ist, kann doch nicht fähig sein, uns in der Gewerkschaftskommission zu vertreten.

Hierauf wurde die Fortsetzung über den Fall Rossano vertagt. Die Versammlung nahm den Bericht über Verhandlungen mit der Verwaltung der Konsumgenossenschaft wegen Gewährung von Teuerungszulagen entgegen. Aus dem Bericht ging hervor, daß die Mitglieder mit den von der Konsumgenossenschaft gewährten Zulagen nicht zufrieden sind, daß die Verhandlungen fortgesetzt werden und ein günstigeres Ergebnis hoffen lassen.

Deutsches Reich.

Beilegung der Tarifdifferenzen im rheinisch-westfälischen Malergewerbe.

Nach dem Abschluß der Aussperrung im Malergewerbe im Jahre 1913 weigerten sich die Unternehmer Rheinlands und Westfalens, den für ganz Deutschland abgeschlossenen Tarifvertrag und die durch Schiedsgericht festgesetzten Löhne und Arbeitszeiten anzuerkennen. Das einzige Monate später einberufene Haupttarifamt für das Malergewerbe erklärte die obstruierenden Unternehmer für tarifverweigernd und erzwang ihren Ausschluß aus dem Unternehmerverband. Hierauf gründeten sie sich eine neue Organisation: den Westdeutschen Malermeisterverband. Im Frühjahr 1914 kam es zu verschiedenen Werkstattstreiks und örtlichen Streiks, die auch in mehreren Fällen tarifliche Zustände herbeiführten; eine erhebliche Anzahl Unternehmer hatte während der Aussperrung schon die Schiedsprüche anerkannt.

Der neugegründete Malermeisterverband erhöhte zwar die früheren Löhne um einen Pfennig, lehnte aber alles weitere, vor allem auch die Arbeitszeitverkürzungen und einen eigentlichen Tarifvertrag ab. — Der Weltkrieg hinderte im Sommer 1914 und im Jahre 1915 den Verband der Maler, durch geeignete Vorstöße die Schiedsprüche noch zu erzwingen, was unter normalen Verhältnissen sicher eingetreten wäre.

In diesem Jahre haben die vom Reichsamt des Innern eingeleiteten Tarifverhandlungen Gelegenheit, eine Befriedigung der erwachsenen Differenzen zu versuchen. Trotz eines von seinem Vorsitzenden gegebenen Versprechens machte der Westdeutsche Malermeisterverband aber Schwierigkeiten; insbesondere lehnte er jedes Eingehen auf die Schiedsprüche von 1913 noch wie vor ab. Die bekannte Teuerungszulage erkannte er zunächst nur unter gewissen Bedingungen an.

Nachdem ein im Reichsamt des Innern eingeleiteter Verhandlungsversuch gescheitert war, traten Vertreter des Westdeutschen Malermeisterverbandes und der Gehilfenorganisationen ein. Deren Resultat waren in der Hauptsache folgende Bedingungen:

Die Teuerungszulage von 5 bzw. 6 Pf. pro Stunde wird genau

so anerkannt wie von den anderen Rheinisch-Westfälischen Malergewerbes. Die seit 1913 noch nicht durchgeführte Arbeitszeitverkürzung nebst dem dafür festgesetzten Lohnausgleich werden beim Abschluß eines neuen Lohnvertrages gewährt. In Orten, die mit der Lohnverhöhung nach den Schiedsprüchen von 1913 noch im Rückstande sind, wird am 1. März 1917 ein Pfennig Lohnverhöhung gezahlt. Der dann noch verbleibende Rest von einem Pfennig in drei Orten wurde beim Ablauf der jetzt getroffenen Vereinbarung in Aussicht gestellt. Alle für die Gehilfen in Betracht kommenden materiellen Bedingungen über Zuschläge bei Überstunden- und Nachtarbeit wurden örtlich so festgelegt wie in den vorher bestehenden Tarifen. Ferner wurde ein Schiedsgericht vorgesehen zur Schlichtung von Differenzen aus den Vereinbarungen.

Durch die so herbeigeführte Regelung sind die bisher abgelehnten Schiedsprüche von 1913 im Prinzip anerkannt worden; nur ihre Durchführung wurde in einigen Positionen an gewisse Fristen gebunden. Natürlich wäre zu wünschen gewesen, daß die so bedauerlichen Differenzen jetzt reiflos beseitigt wurden. Trotzdem bedeuten aber die getroffenen Vereinbarungen, besonders unter Berücksichtigung der jetzigen mißlichen Verhältnisse des Malergewerbes, im allgemeinen einen nicht zu verkennenden Erfolg der beteiligten Organisationen und des Tarifamtes. Und das nicht nur für das direkt beteiligte Rheinland und Westfalen, sondern auch für die Organisationen des Malergewerbes im übrigen Deutschland.

Teuerungszulagen für die Leipziger Holzarbeiter.

Schon im Herbst v. J. verließen die Leipziger Holzarbeiter mit Rücksicht auf die verteuerte Lebenshaltung eine Teuerungszulage durchzusetzen. Leider scheiterten diese Versuche an der Haltung des Unternehmerverbandes. Nur in einzelnen Betrieben wurden einmalige Zulagen von 1—1,50 M. bewilligt. Bei den im März v. J. erneut ausgenommenen Verhandlungen erklärten sich die Unternehmer bereit, eventuell eine allgemeine Zulage von 1 M. pro Woche zu bewilligen, wenn sich die Arbeiter einverstanden erklärten, die vertraglich festgelegte Arbeitszeit um 4—5 Stunden pro Woche zu verlängern. Das merkwürdige Angebot wurde von den Arbeitervertretern selbstverständlich zurückgewiesen und die allgemeinen Verhandlungen abgebrochen. Bei Verhandlungen mit einzelnen Unternehmern wurden Zulagen von 2 M. oder 10 Proz. des Wochenlohns zugesagt. In einem größeren Betrieb wurde am 1. April die Arbeit eingestellt. Darauf kam es unter Mitwirkung der Behörden zu neuen Verhandlungen mit der Unternehmerorganisation, bei denen vereinbart wurde: Verheiratete Arbeiter erhalten wöchentlich 1,75 M. Zulage, ledige (jüngere) 1 M., grüße Arbeiterinnen 1 M., ungeheißte 50 Pf. Überstunden sind nach den im Verträge dafür vorgesehenen Bestimmungen zu leisten und besonders zu entschädigen.

Berichtszeitung.

Die Ehre der Krankenpflegerin.

Eine fühlbare Strafe verhängte gestern das Schöffengericht I Berlin-Tempelhof über die Frau Auguste Pausler, die sich wegen Beleidigung der Krankenpflegerin Albertine Hameister zu verantworten hatte.

Letztere war 6 1/2 Jahre in einem Sanatorium tätig, dessen Besitzer der Ehemann der Angeklagten ist. Frau Pausler will nun seit einiger Zeit den Eindruck gewonnen haben, als ob Schwester Margarete, wie die Privatpflegerin im Sanatorium gerufen wurde, gegenüber dem Besitzer ein etwas zu freundliches Benehmen an den Tag gelegt habe. Ihrem Kummer hierüber machte die Angeklagte in einem Geißrad mit der Oberpflegerin durch eine beschimpfende Wendung Luft. Gleichzeitig erklärte sie, daß Schwester Margarete vor einigen Jahren zu den Ehemännern verabschiedeter Patientinnen in unerlaubte Beziehungen getreten sei und daß die Frauen sich deswegen bei dem Anstaltsarzt Sanitätsrat Dr. Mühsel beschwert hätten. An dieser Verächtlichkeit war, wie die Angeklagte jetzt selber vor Gericht zugab, kein wahres Wort. Das Gericht erntet auf eine Geldstrafe von 500 Mark. Wie der Vorsitzende, Amtsgerichtsrat Kehler, bei der Urteilsverkündung hervorhob, sei lediglich mit Rücksicht auf die Erregung, in der die Angeklagte sich befunden habe, von einer Gefängnisstrafe Abstand genommen worden.

Durchstechereien.

Eine sehr schwere Strafe, nämlich 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus beantragte gestern der Staatsanwalt gegen den Hilfsgefängnenaufseher Otto Sawitzki, der wegen Verbrechens im Amte vor der Strafkammer des Landgerichts I stand.

Der Angeklagte war früher Stallmann bei der Stauermannschaft und hat seit einiger Zeit Beschäftigung als Hilfsaufseher im Untersuchungsgefängnis gefunden. Er hat sich dazu verleben lassen, in zwei Fällen Briefe von Gefangenen an deren Verwandte hinaus zu befördern und hat in einem Falle dafür 25 M. als Geschenk angenommen, während es in einem zweiten Falle zur Auszahlung der verprochenen Belohnung nicht mehr gekommen ist. Der Staatsanwalt hielt die Strafe von 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus der Verfehlung des Angeklagten entsprechend. Der Gerichtshof erachtete aber mildernde Umstände für vorliegend, da der bisher völlig unbeholte Angeklagte geistig minderwertig ist. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 3 Monaten Untersuchungshaft.

Eingegangene Druckschriften.

- Wir von der Südfront. Von Dr. B. Winkler. 1 M. — Lang, Wien und Leipzig.
- Englands Feind. Der Herr der Luft. Roman von E. G. Seeliger. 3 M., geb. 4,50 M. — Westdeutsche Verlagsgesellschaft, Wiesbaden.
- Technik für Alle. Technische Monatshefte. Heft 10—12. Viertelj. 1,25 M. — Französischer Verlagshandlung, Stuttgart.
- Wohlstand und Glück. Einle von J. Gerber. 3 M., geb. 3,50 M. G. Köhler u. Sohn, Sopron (Lebenburg).
- Die russische Kritik. Von Dr. S. Vorh. 50 Pf. — D. Reimer, Berlin SW. 48.
- Der Weltkomplex. Roman von F. Gräfin zu Reventlow. 2 M., geb. 3,50 M. — A. Langen, München.
- Die Einführung der Soja, eine Umwälzung der Volksernährung. Von Maurice Härtberg. 1 M. — V. Varez, Berlin SW. 11.
- Wendroske. Romane von Soledad Reg. Karl. 3 M. — J. Lehmann, Berlin-Charlottenburg, Kantstr. 6.
- Ritualmord in Ungarn. Jüdische Tragödie. Von H. Zweig. 2,60 M., geb. 3,50 M. — Superionverlag, Berlin SW. 61.
- Der Kampf. Roman von E. Weig. 4 M., geb. 5 M. — Himmelshof, Roman von S. Bahr. 4,50 M., geb. 5,50 M. — S. Bührer, Berlin, Hallesche Str. 90.
- Universal-Bibliothek. Nr. 5831—5834: Die Männer im Feuer. Roman von R. Ram. — 5835: Gedichte von Karl Stieler. — 5836: Kriegskalender 1915. Teil 3. — 5837: Drumbild. Tragödie von E. Geibel. — 5838: Künstlerleben u. a. Romane von E. Graf Scabell. — 5839: Verurteilte Kriminalfälle. Herausgegeben von Dr. W. Rendsch. — 5840: Kriegsnovellen. 6 Bde. — Einzelnummer geb. 20 Pf. — Vb. Reclam, Leipzig.

Wichtige Mitteilung für alle Leser! Eine große illustrierte Hausbibliothek gratis!

Den Lesern teilen wir hierdurch ergebenst mit, daß wir eine reich illustrierte Wochenzeitung unter dem Titel „Welt und Wissen“ herausgeben. Dieselbe bringt gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissensgebieten. Die Ausstattung ist eine erstklassige. Die Privatbeleg sind erste Jahrgänge. Jedes Heft enthält ca. 30 Artikel, von denen wir als Beispiel einige anführen: Der Mensch in der Vahldauerzeit. — Wenn die Erde erlischt. — Gesundheit und Schönheit. — Der

Wille und dessen Gutmacht. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvögeln. — Der Mensch und die Welt. — Richtiges Leben. — Einfluß der Lebensweise auf das Lebensalter. — Geschwundene Städte in der Sahara. — Die Zukunft der Elektrizität. — Unser Sonnenstern usw. usw. Ausserdem erhält jeder Leser auf „Welt und Wissen“ zu jedem Jahrgang drei komplette Werke vollständig

gratis. Im ersten Jahre: Die illustrierte Himmelskunde. — Illustriertes Buch der Technik. — Entdeckungswesen nach dem Nord- und Südpol. Um zu ermöglchen, daß alle Leser darauf abonnieren können, haben wir die keine Entschädigung, die wir normalerweise haben müssen, auf nur 15 Pf. für ein 24 Seiten starkes Heft festgelegt. Den Bestellschein bitten wir auszufüllen und einzulenden.

Bestellschein Nr.

An die Expedition von „Welt und Wissen“, Berlin-Charlottenburg, am Park 11. Ich abonniere hiermit „Welt und Wissen“ à 15 Pf. p. Heft durch Boten franco Haus. Name: Ort, Straße:

Das „Correspondenzblatt“ für Militärdienst Dienstuntauglicher?

Das „Correspondenzblatt“ erlucht uns um Aufnahme nachstehender Einsendung unter der oben wiedergegebenen Ueberschrift: „Unter dieser wider besseres Wissen gewählten Ueberschrift lacht der „Vorwärts“ den Sachverhalt, der unserer Kennzeichnung des sozialpolitischen Debäts der „Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft“ in Nummer 16 des „Correspondenzblattes“ zugrunde liegt, zu verdröhen. Wir hatten nach dem „Vorwärts“-Bericht vom 8. April mitgeteilt, daß einige Angehörige der alten Fraktion nicht für die Anträge der neuen Fraktion gestimmt hätten, und hatten dieses Verhalten für sehr bedauerlich gefunden, da der angenommene Antrag der Arbeitsgemeinschaft, der die besäulnigte Entlassung dauernd kranker und dienstuntauglicher Mannschaften fordert, den Kriegsbeschädigten mehr nachteilig als förderlich sei. Der „Vorwärts“ berichtet nun am 16. April: „Das Correspondenzblatt nimmt an, „einige Mitglieder der alten Fraktion“ hätten gegen diesen Antrag gestimmt. — Wir müssen natürlich diese Annahme, die uns die Verantwortlichkeit für die Verichte des „Vorwärts“ zuteilen würde, dankend ablehnen, halten vielmehr dafür, daß der „Vorwärts“ den Mut haben sollte, sich zu seiner eigenen Verichterstattung zu bekennen.

Im übrigen lacht der „Vorwärts“ den Sinn des beschlossenen Antrages so darzustellen, als ob mit demselben Kriegsbeschädigte gar nicht gemeint seien, sondern nur die durch Krankheit dienstuntauglichen. Was die Antragsteller mit dem Antrag bezweckt haben, berührt bekanntlich die Anwendung nicht, die sich an den reinen Wortlaut zu halten hat. Der Wortlaut spricht aber ausdrücklich von der Entlassung kranker und dienstuntauglicher Mannschaften, schließt also auch aus anderen Ursachen dienstuntaugliche ein. Wäre das nicht beabsichtigt worden, so hätte der Antrag anders formuliert werden müssen. So, wie er angenommen ist, kann er auch auf die Kriegsbeschädigten angewandt werden. Aber auch für die Wiederherstellung der im Heeresdienst erkrankten Mannschaften hat die Heeresverwaltung und auch für sie wäre die Durchführung des Antrages nur nachteilig. Wenn die Sachkenntnis der Sozialdemokratischen Arbeitsgemeinschaft nicht soweit reicht, diese Konsequenzen zu erkennen, so möge sie von solchen Anträgen die Finger lassen. Oder ist sie in ihrer Internationalität schon so weit fortgeschritten, daß sie die Fühlung mit der deutschen Sprache gänzlich verloren haben sollte?

Vorsiehende Einsendung haben wir trotz der verdächtigen Anwendungen, in denen das „Correspondenzblatt“ uns behauptet „wider besseres Wissen“, „Verdröhen“ und „Wangel an Mut vorwärts, wirklich wiedergegeben. Von und Inhalt der Zuschrift kennzeichnen die Gemütsverfassung ihres Einsenders. Wahrheitswidrig ist die jetzt wiederholte Behauptung, der „Vorwärts“ vom 8. April habe mitgeteilt, gegen den Antrag, von dem das „Correspondenzblatt“ spricht, hätten einige Mitglieder der alten Fraktion gestimmt. Das ist eine Fälschung unseres Berichtes. Die weiteren Ausführliche der Zuschrift ändern nichts an dem von uns festgestellten Sachverhalte. Das „Correspondenzblatt“ hat sowohl die sozialdemokratische Fraktion wie die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die beide für den von dem gewerkschaftlichen Organ gestellten Antrag zugestimmt haben, angegriffen, weil seine wütende Feindschaft gegen die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft es hindert, den einfachen Wortlaut und Sinn eines im Interesse der Arbeiterklasse gestellten Antrages zu erkennen. Das sollte das Blatt offen zugehen, statt den Schein einer Rechtfertigung zu versuchen.

Zur Klarstellung.

Vom Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird uns geschrieben: „Im „Vorwärts“ vom 17. April werden unter der Aufschrift: „Politische Uebersicht“ unbedeutende Vorwürfe gegen Mitglieder der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion erhoben. Es heißt da u. a.:

„Nach dem von uns niedriger gehängten Bekenntnis der schönen Seele in dem „Correspondenzblatt“ kann es uns nicht wunder nehmen, daß auch am 7. April die ihr gleichgesinnten sozialdemokratischen Abgeordneten gegen den Antrag Haase-Ledebour stimmten:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches herabgesetzt werden. . .“

In Wirklichkeit lagen die Dinge so: Von freisinnigen, Nationalliberalen, Zentrumsabgeordneten und der sozialdemokratischen Fraktion war folgender Antrag Nr. 265 beim Präsidium eingereicht worden:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, über die Herabsetzung der Mindeststrafen im Militärstrafgesetzbuch baldigst dem Reichstag eine Gesetzesvorlage zu machen.“

Später wurde von den Abgeordneten Haase und Ledebour ein Antrag (Nr. 268 der Drucksachen) folgendem Wortlaut eingereicht:

„Den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstag sofort einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Mindeststrafen des Militärstrafgesetzbuches herabgesetzt werden.“

Es war ganz selbstverständlich, daß die sozialdemokratische Fraktion für den Antrag stimmte, den sie selbst mit eingebracht hatte, der auch der Situation vollkommen gerecht wurde.

Die im „Vorwärts“ erhobenen Vorwürfe sind also durchaus unberechtigt.“

Hierzu möchten wir bemerken: Es ist unrichtig, daß wir einen „Vorwärts“ gegen die sozialdemokratische Fraktion erhoben haben. Wir haben lediglich im Verfolg der falschen Anschauung des „Correspondenzblattes“ erklärt, wir hätten die Abstimmung einiger Mitglieder der Fraktion, die gegen den Antrag Haase-Ledebour stimmten, auf ein Verdröhen der Abstimmenden zurückgeführt, nach der Erklärung des „Correspondenzblattes“ müssen wir von den ihm gleichgesinnten anders denken.

Aus der Partei.

Stellungnahme zur Fraktionspaltung.

Eine Konferenz sozialdemokratischer Vertrauensmänner des 8. und 10. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreises (Altona-Stormarn und Herzogtum Lauenburg) befaßte sich mit dem Parteifreie. Nach einem Referat des Genossen Kürbis-Altona und gründlicher Aussprache wurde folgende Entschlieung mit 30 gegen 2 Stimmen angenommen:

Die Konferenz erklärt ihr volles Einverständnis mit dem vom Parteiausschuß am 27. März dieses Jahres gefaßten Beschlüssen, durch welche die Gründung einer besonderen Fraktion, sogenannte Arbeitsgemeinschaft, sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und die Gründung von Sonderorganisationen innerhalb der Partei sowie das Wirken für solche Organisationen verurteilt wird als ein zur Sprengung der Einheit der Partei führendes, so schwerstens schädigendes und somit die Zugehörigkeit zur Parteiorganisation ausschließendes Beginnen.

Die Konferenz stimmt auch dem im Zusammenhang mit diesen Beschlüssen vom Parteiausschuß, dem Parteiausschuß und dem Vorstand der Reichstagsfraktion unter dem 27. März dieses Jahres erlassenen Aufruf an die Partei zu, der zum entschiedenen Widerstand gegen die Spaltungselemente mahnt.

Die Teilnehmer der Konferenz erklären, daß sie entschlossen sind, dieser an das parteigenössliche Pflichtbewußtsein gerichteten Mahnung nachzukommen, allen Spaltungsversuchen, aller Sonderbündelei mit größter Entschiedenheit entgegenzutreten; sie erwarten die gleiche Haltung von allen Parteigenossen im 8. und 10. schleswig-holsteinischen Wahlkreise, denen es ernsthaft und ehrlich um die Interessen der Partei und der Arbeiterklasse zu tun ist.

Sozialdemokratischer Stadtverordnetenwahlsieg.

Bei einer Stadtverordnetenwahl in Rendsburg ist der sozialdemokratische Kandidat mit drei Stimmen Mehrheit gewählt worden. So haben die Bürgerlichen ein Mandat, das sie freiwillig auf Grund des Bürgerfriedens nicht an die Arbeiterschaft abtreten wollten, im Wahlkampfe verloren.

Abonnementspreiserhöhung.

Auch das „Hamburger Echo“ hebt sich veranlaßt, vom 1. Mai an den Abonnementspreis zu erhöhen. Der Monatspreis wird von 1,20 auf 1,50 M., der Wochenpreis von 80 auf 95 Pf. erhöht.

Aus Industrie und Handel.

Kaligeknebel und Kalisynidikat.

Durch die Presse läuft eine Notiz, die anscheinend eine Kundgebung von Kalis-Interessenten zu der dem Reichstag zugegangenen Kaligeknebelnote ist, aber offensichtlich nicht von durchaus sachkundiger Seite hertrühren kann. In der Notiz heißt es nämlich, die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Preise um 1 1/2 Prozent pro Kaliprozent Kalisalkali sei gegen den jetzigen Preis viel zu niedrig. Tatsächlich beträgt die vorgeschlagene Preiserhöhung für alle Rohsalze und Kalisynidikat nicht 1 1/2, sondern 8 Pf. pro Kaliprozent, im Vergleich zu den 1910 gesetzlich festgelegten Inlands-Höchstpreisen; nur für Karnallit beträgt die Erhöhung weniger, nämlich 2 1/2 Pf. Allerdings sind ab 1. Oktober 1915 die Preise schon um 1 1/2 Pf. erhöht worden, das betraf aber nur die 12-15prozentigen Rohsalze und die 40-42prozentigen Düngefolge. Rummehr schlägt die Regierung eine neue Preiserhöhung auch für diese beiden Sorten um 1 1/2 Pf. vor und außerdem sollen 6 andere Sorten, eine Sorte (Karnallit) 2 1/2 Pf. im Preise erhöht werden. Die gedachte Mitteilung, es handle sich nur um 1 1/2 Pf. Preiserhöhung, trifft also nicht zu und ist darum irreführend.

Aus verschiedenen Werksberichten vom Jahre 1915 geht hervor, daß die ab 1. Oktober d. J. eingetretene teilweise Preiserhöhung (zwei Sorten) auf das finanzielle Ergebnis der Kaliindustrie noch keinen oder noch so gut wie keinen Einfluß gehabt hat. Die Kaliindustrie macht vorwiegend „Saisongeschäfte“, d. h. der Absatz für die Landwirtschaft nötigen Düngesalze erfolgt jeweils zur Zeit der neuen Ackerbestellungen. Die landwirtschaftlichen Verbraucher werden vorjährig so weit und schnell wie möglich noch zu den alten und gesetzlichen Preisen eingekauft haben. Darum trat die finanzielle Wirkung der vorjährigen Preiserhöhung nicht sogleich ein, sondern sie wird sich erst im laufenden Geschäftsjahre einstellen. Dazu wird noch der finanzielle Effekt der nun regierungsseitig erneut vorgeschlagenen Preiserhöhungen treten, die wie vermerkt für mehrere Sorten, für eine Sorte 2 1/2 und für die beiden bereits vorjährig im Preise erhöhten 1 1/2 Pf. ausmachen. Wird der neue Regierungsvorschlag angenommen, so bedeutet das gegenüber den früheren gesetzlichen Inlands-Höchstpreisen eine Preiserhöhung von fast 10 bis zu 80 Prozent, für die im Inlandsabfah hauptsächlich in Betracht kommenden Sorten reichlich 20 Prozent. Wenn auch die Lage in der Kaliindustrie durch den Kriegsausbruch kritisch geworden ist, so kann man doch gerechterweise die regierungsseitig vorgeschlagenen Preiserhöhungen nicht als „sozialen kaum nennenswerte bezeichnen. Der Umsatzwert des Kalisynidikats, dem sämtliche Kaliverte angehören, hat 1915 nur noch 108 Millionen Mark betragen. Nach vorsichtiger Schätzung wird bei nur gleichbleibendem Absatz, die vorgeschlagene Preiserhöhung den Kaliverten eine jährliche Mehreinnahme von mindestens 20 Millionen Mark einbringen, im Vergleich zu dem Ergebnis von 1915. Die in der vorerwähnten Zeitungsnote angegebene Summe von nur 7,5 Millionen Mark Mehreinnahmen ist also entschieden viel zu niedrig gegriffen. Auch die weitere Angabe, jährliche Mehrausgaben für Löhne, Kohlen, Schmieröle und andere Rohmaterialien würden „etwa 25-30 Millionen Mark“ betragen, kann einer kritischen Nachprüfung nicht standhalten.

Unterstaatssekretär Dr. Richter hat am 10. d. M. im Reichstag mitgeteilt, es seien zwischen der Vertretung der Kaliverwerber und Parlamentsmitgliedern, die im Hauptberuf Gewerkschaftsvertreter sind, Verhandlungen über Lohn- und Gehaltsfragen für die Kaliverwerber angelaufen worden. Der in wiederholten Besprechungen durchberatene Lohnvorschlag der Arbeitervertreter betrifft eine Teuerungsulage von durchschnittlich 80 Pf. pro Tonne. Diese Lohnulage würde etwa 3 1/2 Millionen Mark (jährlich) Mehrausgaben an Löhnen ausmachen, also nur etwa den sechsten Teil der infolge der Preiserhöhung sicher zu erwartenden Mehreinnahmen der Werke. Berücksichtigt man, daß nach den neuesten amtlichen lohnstatistischen Veröffentlichungen fast 50 Prozent der Kaliverwerber nicht einmal 4 M. Tageslohn hatten, so wird gerechterweise eine große Rolle der Arbeiter zugegeben und die Berechtigung der Lohnverhöhnungsforderung anerkannt werden müssen. Der Reichstag wird sich erst über die Bewilligung der Lohnulage Sicherheit verschaffen müssen, ehe er der Regierungsvorlage zustimmt.

Bestehte Gewinne.

Die glücklichen Einzelunternehmer können sich des Kriegsgewinns im stillen Kämmerlein freuen. Die Gesellschaften dagegen sind zur Veröffentlichung ihrer Bilanzen verpflichtet und haben es weit schwerer, ihre Kriegsgewinne zu verheimlichen. Groß in dieser Kunst sind die dem L. Löwe-Konzern angehörenden Unternehmen.

Die Daimler-Rotoren-Gesellschaft weist bei einem Kapital von 8 Millionen Mark einen Reingewinn von 6,6 Millionen Mark aus, woraus die verhältnismäßig beschiedene Dividende von 24 Proz. gezahlt wird. Nur ist der Reingewinn viel zu niedrig angelegt. Ebenso halten sich die offiziellen Abschreibungen — 850 000 M. — weit unter den tatsächlich erfolgten. Beide Behauptungen lassen sich aus der Bilanz selbst beweisen. Der Geschäftsbericht sagt selbst, daß das Unternehmen auf Wunsch der Geeresleitung vergrößert worden ist. Trotzdem stehen Grundstücke, Gebäude, maschinelle Einrichtungen und Patente nur mit 5,25 Millionen Mark um 300 000 M. höher zu Buch als im Vorjahr! Es sind also fast alle sehr beträchtlichen Zugänge auf dieses Konto aus laufenden Einnahmen bezahlt und so sehr erhebliche stille Reserven angesammelt worden. Der Gewinn ist, obwohl er fast drei Viertel des Kapitals ausmacht, lächerlich niedrig angelegt. Die Wörte sprichst davon, daß die Kriegsgewinnsteuerrücklage fast das Doppelte des Aktienkapitals, nämlich 15 Millionen Mark, ausmache. Das Geisetz verpflichtet bekanntlich zur Hinterlegung von 50 Proz. des Gewinnes. Die Vörsenschätzung dürfte zutreffen. Denn nur um eine Schätzung handelt es sich, weil die Gesellschaft die Kriegsgewinnsteuerrücklage zur Verhinderung eines annähernden Rückschlusses auf den wahren

Kriegsgewinn auf das Gläubigerkonto verbucht hat. Dieses Konto ist von 9,8 Mill. Mark auf 19,6 Mill. Mark gestiegen, obwohl die Geldflüssigkeit der Gesellschaft so groß ist, daß an 10 Mill. Mark Kriegsanleihe gezeichnet wurden, und der Stadt Stuttgart ein Darlehen von 2 Mill. Mark gewährt und die 4,5-prozentige Obligationenanleihe von 1,94 Mill. Mark auf die Hälfte getilgt wurde. Die Hoffnung, daß die Verpflichtung zu einer Rücklage von 50 Proz. des Gewinnes die gewohnte Gewinnverteilung verhüten werde, hat also infolge der Verursachung der Rücklage auf dem Gläubigerkonto enttäuscht — eine Praxis, die auch die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken und die L. Loewe-Fabrik selbst aufgenommen haben. So hat die Ludwig Loewe u. Co., L.-G., ebenfalls eine Erhöhung ihres Gläubigerkontos von 2,1 Millionen Mark auf 12,90 Millionen Mark zu verzeichnen, obwohl das Effektenkonto von 9,6 Millionen Mark auf 15,45 Millionen Mark gestiegen ist und die Reserven bei einem Kapital von 10 Millionen Mark schon 9,5 Millionen Mark ausmachen. Es ist also auch hier die Vermutung wahrscheinlich, daß mindestens die Erhöhung des Gläubigerkontos auf Kosten der Kriegsgewinnsteuerrücklage zu sehen ist.

Kriegsgewinne.

Die Fein, Lehmann u. Co., Akt.-Ges. in Berlin u. Düsseldorf kann „unter Berücksichtigung angemessener Abschreibungen und Reservereststellungen“ ihre Dividende von 10 auf 12 Proz. steigern.

Bei der Deutschen Erdöl-Akt.-Ges. beträgt der Bruttogewinn über 80 Millionen Mark. Hier von werden 6 1/2 Millionen Mark für Kriegsgewinnsteuer zurückgestellt. Auch nach dieser Rückstellung wäre es dem Unternehmen möglich gewesen, eine höhere Dividende als 20 Proz. (gegen 12 Proz. i. Vorj.) auszuschütten. Doch hielt es die Gesellschaft im Interesse einer künftigen stetigen Entwicklung der Dividende für opportun, mit der Erhöhung des Sahes nicht über 8 Proz. hinauszugehen. Sehr wesentlich sind die Abschreibungen erhöht worden. Zunächst hat die Gesellschaft ordentliche Abschreibungen im Betrage von 2 800 000 M. auf die eigenen Anlagen, die Raffinerien, die Bergwerke im Elsaß und auf Fahrzeuge vorgenommen, während im Vorjahre diese Abschreibungen nur mit 938 000 M. besessen worden waren. Außer den regulären Abschreibungen sind sehr erhebliche Abschreibungen auf Beteiligungen vorgenommen worden. Die Abschreibungen auf Beteiligungen betragen zusammen 8,7 Millionen Mark, die gesamten regulären und außerordentlichen Abschreibungen mehr als 11 Millionen Mark. Im Vorjahre waren aus dem Reingewinn insgesamt 2,85 Millionen Mark auf Beteiligungen abgeschrieben worden. Der Reingewinn des Jahres 1915 beläuft sich auf reichlich 12 Millionen Mark (i. B. nach Abzug der oben erwähnten Sonderabschreibungen 4,2 Millionen Mark). Die Dividende auf 20,75 Millionen Mark Aktienkapital erfordert 6,15 Millionen Mark (i. B. 8,09 Millionen), der gesetzlichen und der Sonderrücklage werden zur Abdeckung auf 10 Millionen Mark zusammen 1,8 Millionen Mark zugewiesen. Ferner erfolgt die Stellung einer Baureserve von 2 Millionen Mark. Den Betrag von 1 Million Mark hat man an einen neu gebildeten Unterstützungsfonds für Beamte und Arbeiter zugeführt. Schließlich werden 1 Million Mark der Rationalisierung der Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen zugewiesen.

Die Vulkan-Werke in Hamburg und Stettin bringen für 1915 eine Dividende von 8 Proz. in Vorschlag (i. B. 6 Proz.).

Die Fabrik photographischer Papiere Dr. Kurz in Bernriederode erhöht ihre Dividende von 7 auf 10 Proz.

Die Oberschlesische Bierbrauerei-Akt.-Ges. vorm. L. Haendler in Hindenburg O.-S. hat 1915 ihren letzten Friedensabschluß übertroffen. Sie kann die Dividende von 4 auf 6 Proz. erhöhen.

Die J. A. John, Akt.-Ges. in Erfurt-Ilversgehofen, verdankt „ansehnlichen Lieferungen für die Heeresverwaltung“ die Möglichkeit, die Dividende von 5 auf 10 Proz. zu verdoppeln. Die Schaller-Herd- und Densfabrik F. Rappersbusch u. Söhne, Akt.-Ges. in Sellenftraken, verdiente an Geereslieferungen so viel, daß sie nach 483 920 M. Abschreibungen (i. B. 171 207 M.) aus einem Reingewinn von 2 Millionen Mark (i. B. 1,12 Millionen Mark) 17 Proz. Dividende verteilen kann (i. B. 13 Proz.).

Die Schließische Akt.-Ges. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb erreichte in den letzten Jahren folgende Produktionsziffern:

Table with 4 columns: Year (1913, 1914, 1915), and rows for Colmet und Blende, Kohle, Rohzink, Zinkblech.

Für den Rückgang macht die Verwaltung den Arbeitermangel verantwortlich. Erstaunlich und bezeichnend für die Höhe der Kriegspreise sind demgegenüber die Abschlußziffern. Es betrug:

Table with 4 columns: Year (1913, 1914, 1915), and rows for Rohgewinn, Abschreibungen, Reingewinn, Dividende.

Bei dem Krefelder Stahlwerk, Akt.-Ges. in Krefeld, ist der Rohgewinn von 1,8 auf 6,2 Millionen Mark gestiegen. Durch bedeutend erhöhte Abschreibungen und eine Kriegsgewinnsteuerrücklage von 1 1/2 Millionen Mark ermäßigt sich der Rohgewinn auf einen „Reingewinn“ von 2 127 408 M. (i. B. 672 348 M.). Davon sollen 675 000 M. zur Zahlung einer 15prozentigen Dividende verwendet werden (i. B. 12 Proz.).

Die Metallwarenfabrik Akt.-Ges. Baer und Stein in Berlin schüttet wieder 25 Proz. Dividende aus.

Das konsolidierte Braunshien-Bergwerk „Caroline“ bei Osleben, Akt.-Ges. in Magdeburg, erhöht die Dividende von 20 auf 22 Proz. Rund 800 000 M. sind dazu erforderlich von dem 456 900 M. betragenden Reingewinn.

Die Chemische Fabrik auf Aktien vorm. E. Schering in Berlin wird ihre Dividende von 11 auf 12 Proz. erhöhen.

Die Donnersmarthütte, Oberschlesische Eisen- und Kohlenwerke-Akt.-Ges., hat im vorigen Jahre den 1914 zurückgegangenen Reingewinn noch über den 1913er hinaus erhöht. Trotzdem zahlt sie „nur“ 18 Proz. Dividende (1913 = 24 Proz., 1914 = 12 Proz.).

Die Grube Leopold bei Eberitz erhöht die Dividende von 7 1/2 auf 9 Proz.

Die Berlin-Anhaltische Maschinenbau-Akt.-Ges. verdoppelt ihre Dividende von 4 auf 8 Proz.

Die Deutsche Wollenwaren-Manufaktur, Akt.-Ges. in Grünberg in Schlefien, steigert ihre Dividende von 6 auf 15 Proz.

Die deutsche Steinzeugwarenfabrik für Kanalisation und chemische Industrie in Friedrichsfeld in Baden konnte ihren Reingewinn verdoppeln. Sie zahlt 400 000 M. = 16 Proz. Dividende (1914 nur 260 000 M. = 10 Proz.).

Vierte ungarische Kriegsanleihe. Die Zeichnung auf die vierte ungarische Kriegsanleihe wird am 19. April eröffnet und dauert bis zum 28. Mai. Es werden sechsprozentige Rentenscheine zum Kurs von 97,20 Kronen ausgegeben; ferner werden 5 1/2-prozentige Staatsrentenscheine zum Kurs von 91,90 ausgegeben. Die Rente kann nicht vor dem 1. November 1921, die Staatsrentenscheine können nicht vor dem 1. Dezember 1921 forderiert werden. Die 5 1/2-prozentigen Staatsrentenscheine werden zum vollen Nennbetrage am 1. Juni 1926 zurückgezahlt.

Aus Groß-Berlin.

Dörrgemüse.

Die Stadt Berlin will Gemüse dörren. Zu diesem Zwecke sollen im Anschluß an die Gasanstalt in der Danziger Straße entsprechende Einrichtungen geschaffen werden. In einem von der Stadtverordnetenversammlung gewählten Ausschuss wurde dieser Tage das Projekt eingehender besprochen. Der Plan, Gemüse selbst zu dörren, ist in städtischen Kreisen schon lange erwogen worden, er kam aber nicht zur Ausführung, weil auf diesem Gebiete fortgesetzte Neuerungen zur Verbesserung des Dörrverfahrens auftauchten. Das frühere Verfahren litt darunter, daß gedörrtes Gemüse bei seiner Verwendung viele Stunden vor dem Gebrauch ins Wasser gelegt werden mußte, sonst dauerte der Kochprozeß zu lange. Dem sei jetzt abgeholfen. Die neue Einrichtung, die schon Ende Juni fertig sein soll, soll der Vermeidung von Gemüse begegnen. Tatsache ist, daß Gemüse zeitweilig sehr reichlich auf den Markt kommt, daß aber sehr oft viel Gemüse übrig bleibt und weil es sich nicht hält, fortgeworfen wird. Bedauerlich ist, daß deshalb im Vorjahre vor den Toren Berlins Spinat und anderes Gemüse verdorben ist und in manchen Fällen erst gar nicht von den Feldern abgeerntet wurde, weil der Absatz nicht groß genug gewesen sei. Bedauerlich ist auch die Tatsache, daß nach den Darlegungen des Gartendirektors der Stadt Berlin im Vorjahre mehrere hundert Morgen Hackfrüchte erfroren seien, weil aus Mangel an Arbeitskräften nicht abgeerntet werden konnte. Wir möchten glauben, daß es in Berlin genug Leute gegeben hätte, die in ihrer freien Zeit gegen einen mäßigen Pachtpreis die Ernte für sich heimgebracht hätten. Ein Bedenken, das bei der Einrichtung der Trocknungsanstalt nicht unwichtig ist, ist die Frage, ob durch diese Einrichtung nicht eine Verteuerung des frischen Gemüses entstehen kann. Wenn die Gemüsezüchter wissen, daß sie ihr Gemüse unter allen Umständen los werden, besteht die Gefahr, daß sie auf hohe Preise halten werden. Und das wäre doch sehr bedauerlich. Dem wurde entgegen, daß nicht abgefehtes frisches Gemüse nur zu einem sehr geringen Preise erworben werden soll, der höchstens die knappen Herstellungskosten beträgt. In der Kriegszeit müsse man besonders auf diesen Umstand achten, und in großen Trockenperioden, in denen frisches Gemüse knapp ist, lieber die Trocknungsanstalt geringer beschäftigen, um preishebersend zu wirken.

Nicht uninteressant waren die Darlegungen über die Art des Gemüses von den Riesefeldern Berlins. Es ist nicht zu leugnen, daß in manchen Kreisen der Bevölkerung ein gewisses Vorurteil gegen das Riesefeldgemüse besteht. Es gibt Leute, die da meinen, das Gemüse von den Riesefeldern „stinke aus dem Topf heraus“. Im Ausschusse wurde dargelegt, daß dieses Vorurteil nicht berechtigt sei. Infolge der Ueberdüngung habe das Gemüse einen hohen Stickstoffgehalt; es sei des hohen Wassergehalts wegen auch leicht dem Verderben ausgesetzt, aber es habe einen hohen Nährgehalt. Der Anbau von Gemüse auf den Riesefeldern ist ständig gesteigert worden und wird weiter steigen. Die Zahl der Pächter, die auf dem Riesefeldgelände Gemüse ziehen, nimmt zu. Ihnen dürfte es eine Hilfe sein, wenn sie für nicht abgefehtes Gemüse in der Gemüsetrocknungsanstalt eine Abnehmerin finden.

Gleichzeitig wird dafür gefordert, daß nichts umkommt und für den Winter als Dörrgemüse auf dem Markte erscheint. Zunächst ist nur an die vielen städtischen Anstalten gedacht, die als Käufer des Dörrgemüses in Frage kommen. Darüber hinaus soll Dörrgemüse auch an Privats abgegeben werden. Um eine ordnungsgemäße Verwendung des Dörrgemüses zu sichern, wurde allseitig gewünscht, Kochrezepte für die Verwendung von Dörrgemüse im Haushalt herauszugeben. Es wurde betont, daß frisches Gemüse sowie auch Dörrgemüse im Arbeiterhaushalt noch nicht genügend verwendet würde. Dem wurde von unseren Genossen entgegen, daß einmal Gemüse noch immer hoch im Preise stehe, dann aber scheinbar größere Verwendung von Gemüse in den Kreisen der minderbemittelten Bevölkerung noch daran, daß es ohne Fleisch oder Fett nicht zubereitet werden könne. Fleisch stehe aber hoch im Preise und Fett sei kaum noch zu haben. Deshalb sei heute eine Gemüsemahlzeit ein Gericht, das sich nur ein bestimmter Kreis leisten könne.

Trotz aller Einwände herrschte aber über den Bau einer Trocknungsanstalt für Gemüse Einverständnis, weil alles getan werden muß, Nahrungsmittel vor dem Umkommen zu schützen, auch über den Krieg hinaus. Der Stadtverordneten Ausschuss stimmte daher der Magistratsvorlage zu und bewilligte die in Höhe von 250 000 M. verlangten Mittel.

Vom Straßenbahn-Umsteigeverkehr.

Am Hochbahnhof „Warschauer Brücke“ ist seit Jahren ein Umsteigeverkehr zwischen der Hochbahn und den Straßenbahnen nach dem Viehhof und nach Nichtenberg eingerichtet. Die vielen Fahrgäste zwischen der Hochbahn und den der Stadt gehörenden Viehhof-Straßenbahnlinien ausgetauscht wurden, erlebten wir aus dem für die Betriebszeit vom 1. April 1914 bis 31. März 1915 erst jetzt erschienenen Verwaltungsbericht über die Straßenbahnen der Stadt. Mit Umsteigebilletts gingen von den Straßenbahnen zur Hochbahn 380 045 Personen, andererseits von der Hochbahn zu den Straßenbahnen 308 886 Personen. Früher war der Umsteigeverkehr hier sehr viel stärker: er hat von Jahr zu Jahr weiter nachgelassen, so daß er in 1914/15 nicht mehr halb so groß war wie in 1910/11. Damals, wo die Straßenbahnen der Stadt von Norden und Nordosten her erst bis zur Warschauer Brücke reichten, kamen mit Umsteigebilletts von den Straßenbahnen zur Hochbahn 875 167 Personen, von der Hochbahn zu den Straßenbahnen 847 285 Personen. Nachdem dann die eine Linie im Januar 1911, die andere im Mai 1911 bis Körliger Bahnhof weitergeführt worden war, wurde es für einen Teil der Fahrgäste überflüssig, noch Umsteigebilletts zu nehmen. Die weiteren Veränderungen der Straßenbahnen — im Dezember 1912 bis Hermannplatz, im Mai 1913 bis Wehrendstraße — können den Umsteigeverkehr nicht mehr erheblich beeinflussen haben, so daß aus ihnen allein die nach 1911 sich durch alle folgenden Jahre fortsetzende Minderung der umstiegegenen Personen nicht verständlich wird. Beachtenswert, wie dieser Rückgang, ist auch die Jahr für Jahr beobachtete Ungleichheit zwischen dem Verkehr von der Hochbahn zu den Straßenbahnen und dem von den Straßenbahnen zur Hochbahn. In 1914/15 kamen, wie schon angegeben, von den Straßenbahnen 380 045 Personen, aber von der Hochbahn nur 308 886 Personen. Die Ungleichheit hat sich nicht nur Jahr für Jahr wiederholt, sondern ist auch von Jahr zu Jahr stärker geworden. Wenn in 1910/11 von den Straßenbahnen 875 167 Personen, von der Hochbahn 847 285 Personen kamen, so bedeutete das fast noch Gleichheit. Gegenüber je 100 zur Hochbahn übergehenden Personen war die Zahl der zu den Straßenbahnen übergehenden in 1910/11 noch 97, aber in 1914/15 nur noch 81.

Waffen wir uns diese Verschiebung zum Teil daraus erklären, daß es sich angenehmer von den Straßenbahnen auf die Hochbahn als von der Hochbahn auf die Straßenbahnen umsteigen läßt? Wer von den Straßenbahnen kommt, betritt sofort den schließenden Hochbahnsteig, steigt in den zur Abfahrt bereit stehenden Zug ein und hat hier auf der Anfangsstation keinen Platzkampf nötig. Wer dagegen von der Hochbahn kommt, wartet auf offener Straße, hat dann bei der Ankunft des Straßenbahnwagens mit soundsovielen Mitbewerbern um einen Platz zu kämpfen und wird schließlich wegen Ueberfüllung des Wagens gar nicht mitgenommen. Nach nochmaligem Warten kann er beim nächsten Wagen das selbe Vergnügen haben, falls er nicht vorgeht, mit seinem bezahlten Umsteigebilletts nach Hause zu laufen. Leute, denen es öfter so ergangen ist, verzichten bei starkem Verkehr wohl von vornherein auf Entnahme eines Umsteigebilletts und setzen von der Hochbahn aus sogleich den Weg zu Fuß fort.

Eine Erhöhung des Omnibus-Fahrtpreises ist geplant. In der gestern stattgefundenen Generalversammlung der Allgemeinen Berliner Omnibusgesellschaft erklärte der Direktor Kaufmann:

„Wenn das abgelaufene Geschäftsjahr schon einen Verlust gebracht hat, der mit rund 788 000 M. ausgewiesen wird, so ist zu befürchten, daß dieser sich im Jahre 1918 noch sehr erheblich höher stellen wird. In den beiden Monaten Januar und Februar d. J. zusammen überstiegen die Einnahmen bereits um etwa 800 000 M. Die Ursachen liegen vornehmlich in der Futterveruerung, der Kriegsfürsorge für die Angehörigen der im Felde stehenden Angestellten und der Unmöglichkeit, die allgemeinen Löhnen im Verhältnis zu der Einschränkung des Betriebes zu vermindern. Wenn sie die Kriegsfürsorge freiwillig, die übrigen Lasten gezwungen auf sich nimmt, so ist die Verwaltung sich doch klar, daß dies auf die Dauer ohne eine Erhöhung des Tarifes nicht möglich ist. Die Tatsache, daß der Pferdebetrieb im Jahre 1918 über 104 Millionen und in den Kriegsjahren 1914 und 1915 90 Millionen und 79 Millionen Fahrgäste beförderte, beweist, daß der Pferdebetrieb noch aus Zeiten hinaus ein Bedürfnis im Erwerbsleben ist. Die Allgemeine Berliner Omnibusgesellschaft hat schon Schritte für eine Tarifierhöhung getan, die jedoch bei ihr nicht eher in Frage kommt, ohne daß die anderen Verkehrsmittel Berlins gleiches tun.“

Ein Verkehrsinsitut sucht immer das andere zu stützen, auch in der Tarifpolitik. Es ist bekannt, daß die Große Berliner Straßenbahn mit ihrer Tarifierhöhung vorläufig abgefallen ist und sich nun bemüht, die Allgemeine Omnibusgesellschaft vor „ihren Wagen zu spannen“ zumal die Große Inhaberin von Aktien der Omnibusgesellschaft ist.

Mehr Gewissenhaftigkeit bei Trauerrachrichten.

Und wird geschrieben: Ich komme in das Grünkrampfgeschäft, wo ich einkaufe, und finde die Frau, deren Mann im Felde steht, völlig aufgelöst an. Lange dauert, bis sie auf meine teilnehmende Frage antworten kann. Endlich kommt es schluchzend heraus:

„Mein Mann so II gefallen sein.“

„Soll? Von wem haben Sie denn die Nachricht, Frau Lehmann?“

„Es hat's ihr je m a n d gesagt,“ mischt sich die Nachbarin ein, sie weiß ja nichts Genaues.“

„Das ist doch unverantwortlich,“ plage ich gornig los, „wer streut denn so was aus, wenn er selbst nichts weiß, das ist doch gewissenlos. Weiß nicht wie, wo, wann und tratscht und macht alleinstehende Frauen unglücklich!“

Die Nachbarin stimmt mir bei. Unserem Jureden gelingt es auch nach geraumer Zeit, die Frau einigermaßen zu beruhigen. Aber verurteilenswert bleibt es immer, so folgenschwere Nachrichten zu verbreiten, ohne daß man über positive Unterlagen verfügt. Es ist eine unangenehme und peinliche Sache, eine Trauerbotschaft zu überbringen, selbst wenn man Bestimmtes weiß, wieviel mehr erst, wenn es nur vage Gerüchte sind. Etwas mehr Zurückhaltung also in solchen Fragen, Unglücksboischaften kommen immer noch zu früh für den, den es betrifft!

Opfer der Straßenbahn.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall hat sich am Sonntagmorgen in der Landsberger Allee ereignet. Dort wollte gegen 1/5 Uhr die 13jährige Ella Bang unmittelbar vor einem in der Richtung nach dem Stadtimneren fahrenden Straßenbahnwagen der Linie 64 das Gleis überfahren. Der Fahrer versuchte zwar mit aller Kraft, den Wagen zum Stehen zu bringen, das gelang ihm aber bei der kurzen Entfernung nicht mehr rechtzeitig. Das Mädchen wurde vom Waggon erfasst, umgestoßen und unter dem vorderen Schutzrahmen eingeklemmt. Als der Wagen mittels mitgeführter Winden hochgehoben wurde, konnte die Schülerin leider nur noch tot herbeigeholt werden. Die Leiche wurde nach dem Schauhaus gebracht.

Ein zweiter schwerer Unfall hat sich am Sonntagabend gegen 1/7 Uhr am Kaiserdamm zugetragen. Dort wollte an der Ecke der Königin-Elisabeth-Straße der 16jährige Hans Kaprißki einen Wagen der Linie U während der Fahrt besteigen. Beim Aufspringen glitt er jedoch ab, kam zu Fall und geriet mit dem rechten Fuß unter den Weltwagen, wobei ihm der Fuß oberhalb des Knöchels abgetrennt wurde. Der Verunglückte fand im Krankenhaus Westend Aufnahme.

Ein schwerer Zusammenstoß dreier Straßenbahnwagen ereignete sich gestern nachmittag in der Könnigstraße, Ecke Jüdenstraße. Ein Wagen der Linie 60 kam aus der Jüdenstraße und bog in die Könnigstraße ein. Durch schnelles Befahren der Kurve entgleiste der Anhänger. Dieser wurde gegen den in gleicher Richtung (Weihensee) fahrenden Triebwagen der Linie 62 und dann gegen den aus entgegengesetzter Richtung kommenden Rotorwagen der Linie 17 geschleudert. Personen wurden bei diesem dreifachen Zusammenstoß nicht verletzt; zwei Personen wollten Rechenhof erlitten haben. Der Materialschaden war beträchtlich.

Der Täter des grauenhaften Frauenmordes, der acht Tage lang die Öffentlichkeit beschäftigte, wie seit langen Jahren kein Verbrechen mehr, wurde gestern nachmittag um 1 Uhr von dem Anterfuchungsrichter, Landrichter Dr. Mobe und dem Ersten Staatsanwalt Dr. Weismann befragt. Zugezogen wurden auch die Kriminalkommissare Gennat und Dr. Rector. Es hat auch die Absicht bestanden, zu der Befragung die beiden Wörderinnen aus der Untersuchungsanstalt vorzuführen. Dementsprechend hatte die Polizei ihre Vorkehrungen getroffen. Zwei berittene Beamte und ein größeres Aufgebot von Schutzmannern zu Fuß vom 12. Revier sorgten für die erforderlichen Abperrungen. Im letzten Augenblick aber verzichteten Untersuchungsrichter und Staatsanwalt auf die Vorführung, weil sie angesichts der vollständigen Aufklärung des Verbrechens nicht notwendig erscheint. Mit der Befragung sollte lediglich noch der Forderung der Strafprozeßordnung genügt werden. Sobald Kriminalbeamte die Rollvorhänge an dem Friseur- und dem Zigarrenladen in die Höhe drachten, sammelte sich eine große Menge Menschen an.

Einen unheimlichen Fund machte man gestern auf dem Schleischen Bahnhof. Bei einer Durchsicht des Gepäcks an der Fundamstelle stieß man auf ein Paket, das schon am 26. Dezember vorigen Jahres abgegeben worden ist. Es bestand aus einem Doppelparton, in dem in ein rotes weiß gestreiftes Handtuch eingewickelt die Leiche

eines neugeborenen Kindes lag. Die Leine Leiche war schon so stark verwest, daß das Geschlecht des Kindes nicht mehr festgestellt werden konnte.

Ein neuer Raubüberfall wurde gestern mittag auf die Schankwirtsrau Nied aus der Posener Str. 59 verübt. Als sie gegen 12 1/2 Uhr allein im Schanklokal war, kamen zwei Radfahrer herein. Der größere von ihnen stürzte sich auf die schamlose Frau, packte sie am Hals, drängte sie in den hinter dem Laden gelegenen Flur und schloß die Tür ab. Unterdessen riß der Kleinere die Ladentür heraus und bewachte sie ihres Inhalts von 7 Mark, worauf beide eiligst den Laden verließen und auf ihren Rädern die Straße ergriffen. Die Ueberfallene kann die Räuber nicht näher beschreiben und nur angeben, daß sie beide Radfahreranzüge und Handschuhe trugen. Die Kriminalpolizei traf sofort alle Maßnahmen zur Ergreifung der Unkommenen. Bez um diese Zeit zwei Radfahrer in scharfem Tempo in der Posener Straße gesehen hat, wird ersucht, der Kriminalpolizei davon Mitteilung zu machen. Auf die Festnahme der dreifachen Räuber ist eine Belohnung von 100 Mark ausgesetzt.

Selbstmord einer Biergehnjähigen? Die 14 Jahre alte Schülerin Mathilde Apitz aus der Könnigstr. 60, deren Mutter den ganzen Tag in der Fabrik arbeitet, geschlag verangenehten Sonnabend beim Aufstücken eine kleine weiße Schüssel. Eine Nachbarin, der sie ihr Mißgeschick klagte, gab ihr 30 Pf. Sie sollte rasch eine neue Schüssel holen, damit die Mutter nichts merke, ging auch weg, kehrte aber nach einiger Zeit zurück und sagte jetzt zu einem Kind auf dem Hofe, so eine Schüssel kostet 45 Pf. und sie müsse darum noch zu Jandorf gehen. Darauf ging sie um 4 Uhr nachmittags wieder weg und kehrte nicht mehr zurück. Sie hatte außer den 30 Pf. noch eine Mark von der Mutter bei sich, die ihr für unvorhergesehene Ausgaben dienen sollte. Auch zwei Brotkrumen nahm sie mit. Abends um 9 Uhr hörten zwei Damen auf der Oberbaumbrücke am Gröbenufer Pflüserfe, sahen aber nichts mehr. Am Ufer fanden sie ein Jackett, das jetzt als das Eigentum des vermißten Mädchens erkannt wurde. Ob dieses selbst ins Wasser gegangen ist oder einen Selbstmord nur hat vortäuschen wollen, steht noch nicht fest. Die Leiche ist noch nicht gefunden. Das Mädchen ist etwas über einen Meter groß und verwaschen. Das braunes 80 Zentimeter langes Haar und trug einen wollenen Rock mit Trägern, schwarze Knopfstiefel und keine Kopfbedeckung. Die Wäsche ist M. A. gezeichnet.

Geschäftsrat der Arbeitslosenfürsorge der Stadt Berlin für die Woche vom 27. März bis 2. April 1916.

Bei den 23 städtischen Geschäftsstellen sind 288 Gesuche eingegangen; es wurden abgelehnt 61, an die Landesversicherungsanstalt Berlin verwiesen 11, bewilligt 247, ausgeschieden aus der Unterstützung (überwiegend wegen Wiedereintritts in Arbeit und Erwerb) sind 184 Personen, 150 männliche und 97 weibliche Personen bezogen Unterstützung im Gesamtbetrag von 12 907, davon je 4 M. 2873 Personen, je 5 M. 288 Personen.

Von der Stadt wurden an 487 Mitglieder von 15 Arbeiter- und Angestelltenorganisationen, die selbst tätigungsgemäß Unterstützung gewähren, Zuschläge im Gesamtbetrag von 1702,80 M. gezahlt. Diervon trafen auf die freien Gewerkschaften 445 Mitglieder mit 1590,85 M. (und zwar Metallarbeiter 333 M., Holzarbeiter 170,95 M. um).

Die Landesversicherungsanstalt Berlin hat von 22 141 bei ihr überhaupt bis 1. April 1916 eingegangenen, teils von den städtischen Unterstützungskommissionen ihr überwiesenen, teils von den Organisierten ihr eingereichten Gesuchen 15 388 genehmigt. Gegenüber der Vorwoche sind hinzugekommen 10 Personen.

Die „Gesellschaft für deutsche Erziehungs- und Schulgeschichte“, die Herausgeberin der „Monumenta Germaniae Paedagogica“, der „Zeitschrift für Geschichte der Erziehung und des Unterrichts“ und des „Historisch-pädagogischen Literaturberichts“, hat jüngst in einer außerordentlichen Generalversammlung beschlossen, in eine enge Arbeitsgemeinschaft mit dem von der Jubiläumsgesellschaft für Erziehung und Unterricht zu Berlin begründeten „Zentralinstitut“ zu treten. Auf Grund eines nunmehr mit der Jubiläumsgesellschaft abgeschlossenen Vertrages wird die „Gesellschaft“ innerhalb der verschiedenartigen Einrichtungen des „Zentralinstituts“ die historisch-pädagogische Wissenschaft vertreten; sie verlegte ihre Arbeitsräume und innere Geschäftsstelle am 17. April in das dem „Zentralinstitut“ überwiesene Gebäude Berlin-Schöneberg, Brunenwaldstr. 6/7, und stellt sich dort mit allen ihren Einrichtungen und Sammlungen der Forschung auf dem Gebiete der Erziehungs- und Schulgeschichte zur Verfügung.

Aufhebung von Betriebsbeschränkungen bei der Großen Berliner Straßenbahn. Von Dienstag, den 18. d. M. ab wird die Linie B wieder in Betrieb genommen. Sie verkehrt Werktags in der Zeit von 7.5 Uhr bis 8.5 Uhr ab Steglitz und 7.47 bis 8.47 ab Zinkstraße, Sonntags von 12.25 bis 11.25 ab Steglitz und 1.7 bis 12.7 ab Zinkstraße. Der Abend- und Spätverkehr wird weiter durch die Linie K bedient.

Die Linie A E Kollendorfsplatz bis Halensee-Ringbahnhof wird von sofort ab, die Linie 9 E Goplowskystraße bis Spittelmarkt vom Osterheiligabend ab wieder nach Bedarf verkehren, und auf den Linien 82 und 90 wird vom Osterheiligabend ab wieder der 15-Minutenbetrieb an Stelle des jetzigen 20-Minutenabstandes eingerichtet werden.

Aus den Gemeinden.

Keine neue Kommunalwählerliste für Charlottenburg.

Der Charlottenburger Magistrat hat die Stadtverordneten ersucht, zuzustimmen, daß von der Aufstellung und Auslegung der Gemeindevählerliste im Jahre 1916 Abstand genommen wird. Für etwa vorzunehmende Ersatzwahlen zur Stadtverordnetenversammlung soll die Gemeindevählerliste des Jahres 1914 maßgebend sein. Für das laufende Jahr werden voraussichtlich nur einige Ersatzwahlen vorzunehmen sein.

Aus der Steglitzer Gemeindevertretung.

Nach Einführung der neu gewählten Gemeindeverordneten wurde als Sitzungstag der Gemeindevertretung der erste Freitag im Monat wieder bestimmt. Der Ausbau des Hauptvorplatzgrabens in Klein-Plitten hat statt der veranschlagten 9000 M. 23 000 M. gekostet, was der Leiter des Tiefbauamtes durch unvorhergesehene Schwierigkeiten, die in der Bodenbeschaffenheit des betr. Geländes begründet seien, zu rechtfertigen suchte. Es wurde geladelt, daß der Gemeindevertretung nicht rechtzeitig eine entsprechende Vorlage gemacht worden sei. Die Nachbewilligung erfolgte, nachdem der Gemeindevorsteher sein Bedauern ausgesprochen und Verzichtserklärung der angeführten Wünsche zugesagt hatte. Auch bei den geforderten Schlussnachbewilligungen für das Etatsjahr 1914 wurde von verschiedenen Seiten gerügt, daß die einzelnen Verwaltungen sich nicht an die Etatspläne halten. Die geforderten 72 211,25 M. wurden schließlich bewilligt. — In geheimer Sitzung wurde die Aufnahme einer Kasse in Höhe von 3 1/2 Millionen beschlossen und der Erhöhung der Servisgelder während des Krieges um 50 Pf. pro Mann und Tag zugestimmt.

170 Prozent Gemeindeeinkommensteuer in Friedrichshagen.

In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung wurde der Etat für das Jahr 1916 beraten. Vor Eintritt in die Beratung wurde ein Protest des Bürgervereins gegen die stattgefundenen Gemeindevertetereiwahlen verhandelt. Nach diesem Protest sollen die Wählerlisten nicht ausliegen resp. falsche Wählerlisten als Grundlage der Wahl gedient haben; ferner soll ein Beamter der Gemeinde Wahlbeeinflussungen ausgeübt und der Bürgermeister in die Wahlhandlung eingegriffen haben. Nach Prüfung der Sachlage wurden

Alle drei Punkte als unbegründet zurückgewiesen und die Wahlen gegen eine Stimme für gültig erklärt. Der Etat schließt in Einnahme und Ausgabe mit 1.829.000 Mark ab. Beim Titel Gaswerk weist Genosse Barth auf die Höhe des Ausfalls von 40.000 M. hin. Trotz Erhöhung des Gaspreises ist kein Gewinn zu erzielen, da die Ausgaben für Kriegsunterstützungen und Arbeitslöhne und auch die Kohlenpreise eine Preissteigerung erfahren haben. Ebenso kritisiert Genosse Barth die Erhöhung der Gemeindesteuern, speziell für die 8. und 4. Klasse. Da das jetzt bestehende Ortsstatut keine andere Regelung zulässt, so soll in nächster Zeit der Gemeindevertretung eine Vorlage unterbreitet werden, welche die Zuschläge nach dem Berliner Muster regelt. Auch auf die Schwierigkeit der Beschaffung von Lebensmitteln wurde hingewiesen und erwähnt, daß neben Kartoffeln, Gemüse und Hering in nächster Zeit versucht werden soll, Fleisch und Fett an die Einwohner zu billigen Preisen abzugeben.

Gemeindevertreterwahlen in Petershagen.

Mittwoch, den 19. d. Mts., finden die Ergänzungswahlen für die Gemeindevertretung statt. Die Parteigenossen haben für die dritte Wählerklasse Gustav Liffenwasser von. als Kandidaten aufgestellt. In der zweiten Klasse steht uns ein geeigneter Kandidat nicht zur Verfügung, die in Betracht kommenden Genossen werden daher gebeten, ihre Stimmen dem Kandidaten des Haus- und Grundbesitzervereins, Herrn Wagner, zu geben. Wahllokal ist im Gasthof Nabel. Die dritte Klasse wählt von 4 bis 6, die zweite Klasse von 6—7 Uhr. Unbedingt und frühzeitiges Erscheinen aller Wähler ist dringend erforderlich.

Beschluß des Wahlvereins Zeuthen.

Die am 12. April tagende außerordentliche Mitgliederversammlung des Wahlvereins Zeuthen-Miersdorf hat nach lebhafter Diskussion das Verhalten der Mehrheit der Fraktion in der Bewilligung der Kriegskredite und Stellungnahme zur U-Boot-Frage auf das schärfste verurteilt und sich auf die Seite der Minderheit gestellt.

Tätigkeit der Neuföhner Schulambulanz.

Die Klinik wurde im Kriegsjahre 1915 von 11.005 Kindern besucht, darunter 6728 Mädchen und 4282 Knaben. Die Behandlung der Kinder erstreckte sich auf 6085 Extraktionen, von denen 300 bei örtlicher Betäubung vorgenommen wurden. Die Zahl der Füllungen betrug 5390, die der kleineren Operationen sowie Wundbehandlungen 2004. In 302 Fällen trat Kränkelbehandlung ein. 506 Kinder wurden die Zähne gereinigt. Die Behandlung von Kindern bedürftiger Eltern erfolgt völlig kostenlos. Die Bedürftigkeit gilt als vorliegend, wenn sie vom Rektor der Schule bescheinigt ist.

Die Neuföhner Barbier- und Friseurzwangsinnung hat beschlossen, an jedem zweiten Feiertag ihre Geschäfte vollständig zu schließen.

Soziales.

Liebt rechtzeitig!

Oft haben wir darauf hingewiesen, daß es für den Arbeiter dringend notwendig ist, darauf zu achten, daß seine Ansprüche auf Invaliden- und Altersrente nicht durch Unterlassen des Lebens verloren gehen. Wie nötig dies ist, beweist auch folgender Fall, in dem es mit Mühe und Not gelang, die erforderliche Zahl von Lebensrenten herauszurechnen und der Arbeiterin ihre Invalidenrente zu erstreiten.

Eine Arbeiterin war seit längerer Zeit krank und erwerbsunfähig. Sie stellte bei der Landesversicherungsanstalt Berlin den Antrag auf Bewilligung der Invalidenrente. Der Vertrauensarzt der Anstalt hielt die Frau vom 24. August 1914 ab für dauernd invalid. Trotzdem wurde der Anspruch abgelehnt, weil die Anwartschaft nicht erfüllt sei. Nach den Bestimmungen des Gesetzes hat Anspruch auf Invalidenrente diejenige Versicherte, die mindestens 200 Markten gekostet hat, wovon 100 auf Grund der Versicherungspflicht entfallen müssen. Sind 100 Wochenbeiträge auf Grund der Versicherungspflicht nicht nachgewiesen, ist der Anspruch nur gegeben, wenn 500 Markten gekostet. Der Anspruch erlischt, wenn innerhalb zweier Jahre nicht mindestens 20 Markten gekostet wurden. Der Anspruch wurde abgewiesen, weil nach Ansicht der Versicherungsanstalt nur die Markten aus den Jahren 8 bis 12, insgesamt 108, angerechnet werden konnten und die Anwartschaft aus den Jahren 1 bis 7 erloschen sei.

Die Versicherung hatte in der Karte Nr. 7, ausgestellt am 1. Juni 1908, 30 Markten, und in Karte Nr. 8, die erst am 6. Juni 1901 ausgestellt worden war, 27 Markten. Diese Markten waren noch dazu nicht entwertet. Eine Vorschrift besagt, daß die Markten durch Eintragung des Datums entwertet werden müssen, und zwar ist das jeweilige Sonntagsdatum einzutragen.

Das Oberversicherungsamt Groß-Berlin, bei dem Berufung eingelegt wurde, hob den ablehnenden Bescheid der Anstalt auf und verurteilte sie zur Zahlung der Rente ab 24. August 1914. Angenommen wurde, daß die Klägerin eine neue Wartezeit vom 1. Juli 1900 ab erfüllt hat. Zugunsten der Klägerin wurde angenommen, daß die nicht entwerteten Markten für eine Zeit gekostet werden sollten, die zur Erhaltung der Wartezeit in Betracht kam. Danach waren 198 Markten nachgewiesen. Des weiteren wurde durch Zeugenaussagen als erwiesen angesehen, daß die Klägerin in der Zeit 1908 bis 1906, in welcher sie als Landarbeiterin tätig war, mindestens zwei Wochen krank gewesen ist, demnach auch diese Krankheitszeit zur Anrechnung gelangen mußte.

Die Landesversicherungsanstalt beruhigte sich jedoch nicht bei der Entscheidung, sondern legte Revision beim Reichsversicherungsamt ein. Bernagt wurde u. a., daß das Oberversicherungsamt die in Karte 7 geklebten Markten als gültig verwendet erklärt hatte. Ferner wurde gerügt, daß in dem Zeitraum vom 22. August 1912 bis 22. August 1914 Markten nicht verwendet wurden, die Klägerin mithin, da sie seit dem 24. August 1914 für invalid erklärt wurde, den Anspruch erneut verloren hatte. Die Revision wurde zurückgewiesen. Aus der interessanten Entscheidung seien folgende Sätze wiedergegeben:

Zunächst wird dem Oberversicherungsamt vorgeworfen, daß es zu Unrecht angenommen habe, daß die Beitragsmarkten in der Quittungskarte Nr. 7 für eine Zeit nach dem 1. Juli 1900 verwendet werden seien. Es ist aber nicht ersichtlich, inwiefern das Oberversicherungsamt in dieser Hinsicht das ihm zustehende Recht der freien Beweiswürdigung überschritten haben soll, zumal zwei Beitragsmarkten, darunter eine 18-Wochenmarke, ein Einwertungsdatum vom 30. Dezember 1900 zeigen. Wenn sich dabei die Revisionschrift auf den § 1420 der Reichsversicherungsordnung beruft, so wird dabei übersehen, daß in § 1420 nur von der Erhaltung der aus der Karte laufenden Anwartschaftsfrist die Rede ist. Daß diese erhalten sei, hat aber das Oberversicherungsamt gar nicht angenommen, da es der Ansicht ist, daß die Marktenverwendung nach dem 1. Juni 1900 erfolgt sei. Damit nimmt auch das Oberversicherungsamt an, daß die Anwartschaftsfrist vom 1. Juni 1908 bis 1. Juni 1900 nicht gewahrt sei. Im übrigen hätte das Oberversicherungsamt nach freiem Ermessen zu prüfen, für welchen Zeitpunkt die Marktenverwendung tatsächlich erfolgt ist. Ist hierbei das Oberversicherungsamt nach pflichtmäßiger Prüfung der gesamten Sachlage unter besonderer Berücksichtigung der vorhandenen Entwertungsdaten zu der Überzeugung gelangt, daß die Beitragsmarkten für die Zeit nach dem 1. Juni 1900 entrichtet sind, so ist diese bedenkenfreie Feststellung in der Revisionsinstanz nicht angreifbar. Wenn endlich in der Revision darauf hingewiesen wird, daß nach der Entscheidung des Oberversicherungsamts die Invalidität erst seit dem 24. August 1914 bestünde und infolgedessen

die Anwartschaft in der Zeit vom 22. August 1912 bis 22. August 1914, für welche Beiträge nicht entrichtet seien, erloschen sei, so erhebt sich dieser Einwand damit, daß in dem Urteil des Oberversicherungsamts ein offenkundiger Schreibfehler vorliegt. Das Oberversicherungsamt stützt sich für die Annahme der Invalidität auf das Gutachten des Arztes Dr. Sch. Dieser Arzt verlegt aber, wie sich dies sowohl aus dem Urteil des Oberversicherungsamts, als aus dem Gutachten selbst ergibt, den Beginn der Invalidität auf den 24. August 1913. Wenn das Oberversicherungsamt aber ausführt, daß es in Übereinstimmung mit dem Vertrauensarzt Dr. Sch. die Invalidität seit dem 24. August 1914 annehme, so kann das nur bedeuten, daß es das Gutachten des Arztes Dr. Sch. für den Eintritt der Invalidität für entscheidend hält. Der von diesem angegebene Zeitpunkt ist also der maßgebende. Das ist aber der 24. August 1913. Da somit der Versicherungsfall während der Anwartschaftsfrist vom 22. August 1912 bis 22. August 1914 eingetreten ist, kann ein Erlöschen dieser Anwartschaftsfrist nicht in Frage kommen."

Schlechterstellung der Landarbeiter.

Die Gesellschaft für soziale Reform hat in ihrer Ausschussung vom 7. April eine Eingabe an den Reichskanzler beschloffen, in der aus rechtlichen, politischen und wirtschaftlichen Gründen den Querströmungen entschieden entgegengetreten wird, die auf eine Schlechterstellung des Vereinsrechts der Landarbeiter sowie der Staats- und Gemeindegewerkschaften in der versprochenen Vereinsrechtsnovelle abzielen. Gleichzeitig wird die baldigste Verwirklichung des Regierungsversprechens in bezug auf die Vereinsfreiheit der Berufsorganisationen dringend erbeten.

Wie notwendig eine unbehinderte auf Besserung ihrer Lebenslage abzielende Tätigkeit gerade der Landarbeiter ist, zeigt das Bestreben von einflussreicher Stelle, die Arbeitslöhne der Landarbeiter niedrig zu halten. Unter anderem hat die Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien folgendes Verzeichnis zu bekämpfende Gesuch an einen hohen Staatsbeamten gerichtet:

Landwirtschaftskammer für die Provinz Schlesien. Tagesbuch Nr. IV. 909/16. Breslau, d. 18. II. 1916.

Zur Zeit des Wiederabschlusses von Arbeitsverträgen mehrten sich in außerordentlicher Weise die Klagen, daß das landwirtschaftliche Gefinde und Arbeiter den Weiterabschluß von Verträgen ablehnen und in die Industrie zu Bahn- und Telegraphenarbeiten, Kanalbauten usw. übergehen, da sie dort höhere Verdienste erhalten. Ertrag für diese, der Landwirtschaft entgehenden Arbeitskräfte zu erlangen, ist so gut wie unmöglich. Damit wird die rechtzeitige Erledigung der Frühjahrsbefellung sehr in Frage gestellt. Die landwirtschaftlichen Arbeitgeber, die durch Steigerung der Lebensmittel in ihren Naturallohnen schon erhöhte Arbeitslöhne zahlen, können die Wartzahlung, die von den Arbeitern allein als ausschlaggebend angesehen wird, derzeit kaum erhöhen. Eure Erzeilung bitte ich daher ganz ergebenst, indem ich dabei einem in der 22. Wollerversammlung der Kammer gefassten Beschlusse nachkomme, die Eurer Erzeilung unterstehenden Stellen geneigtst dahin anzuweisen, daß sie bei der Annahme von Arbeitern möglichst auf die Landwirtschaft Rücksicht nehmen, und sich vorwiegend mit Kriegsgefangenen oder sonstigen Arbeitskräften besetzen. Beschäftigungsanträge einheimischer und ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter hingegen nach Möglichkeit ablehnen. Seiner Erzeilung usw.

Abtschrift! Dresden, d. 18. II. 1916.

Der Vorsitzende gez. v. Klitzing.

Ländliche Arbeitgeber nehmen also das Recht für sich in Anspruch, aus Vereinen Eingaben gegen Erhöhung der Löhne selbst an maßgebende Staatsverwaltungsbeamte zu richten. Den ländlichen Arbeitern ist aber das Recht, bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, trotz der höheren Lebensmittelpreise noch immer erheblich erschwert.

Ein Sektgelage im Kabaret.

Eine Verhandlung, die sich vor der Kammer 6 des Gewerbegerichts abspielte, entrollte ein Einzelbild aus einer der Vergnügungsklaffen, wo sich die fidele Welt bei Wein, Weiß und Gesang über den Ernst der schweren Zeit hinwegamüsiert, ohne der Sorgen zu achten, die gegenwärtig auf den weitesten Kreisen des Volkes lasten. Eine fidele Nachtzene in dem Kabaret „Bunte Bühne“ in der Bülowstraße gab Anlaß zu der Klage.

Die Klägerin war dort als Sängerin tätig. Nebenbei anmietete sie auch Gäste zum Weintrinken und besam vom Inhaber des Lokals Prozente auf die in solcher Weise erzielten Einnahmen. Nach dem im Prozeß nicht bestrittenen Angaben der Klägerin und einer Zeugin hat sich der Vorgang so abgepielt: Die Klägerin nebst einigen anderen nicht spröden jungen Mädchen wurden von einem freigebigen Herrn mit Sekt bewirtet. Auch der Inhaber des Vergnügungslokals, Kabaretdirektor Kühne, nahm an dem fröhlichen Gelage teil. Nicht achtend auf die Polizeistunde, welche um 1 Uhr eintreten soll, amüsierte sich die bergnützte Gesellschaft bis 5 Uhr morgens. Der freigebige Herr hatte eine Flasche von 90 M. gemacht. Als er zahlen sollte, zeigte sich, daß er nicht konnte, bieweil er nichts hatte. Dem Wirt waren schon, als der Gast nach einigen Flaschen Wein Sekt bestellt, Bedenken wegen der Zahlungsfähigkeit desselben gekommen. Aber da verbürgte sich die Klägerin, die schon — wie sie sagt — betrunken war, für die Zahlung und meinte, wenn der Herr nicht zahle, solle ihr Direktor Kühne den Betrag der Flasche von der Gage abziehen. Nachdem dem freigebigen Herrn die Rechnung ohne Erfolg präsentiert war, wollte Direktor Kühne am folgenden Tage die Sängerin beim Wort nehmen. Da gab es Krach, das Arbeitsverhältnis wurde gelöst und die Klägerin, wie sie angab, sozusagen hinausgeworfen. Im Klagewege beanpruchte sie nun 85 Mark schuldiger Gage und 15 M. Prozente für den insolge ihrer Anmietetunfist konsumierten Wein. Eine Schwester der Klägerin, die an dem Gelage teilgenommen hatte und als Zeugin über die „Wärgschaft“ gehört wurde, verhöf vor Gericht reichlich Tränen aus Erregung über das Verhalten des Beklagten und gab an, sie kenne den Herrn, der die Rechnung gemacht habe. Er sei Meisener, ein Ledemann, der die Schuld sicher bezahlen werde, wenn er wiederkomme. Auch die Adresse des freigebigen Herrn gab die Zeugin an. — Der Vertreter des Beklagten erkannte die Gageforderung an: ob die Höhe der Prozente stimmt, wußte er nicht, aber zahlen wollte er nicht, denn er blieb dabei, daß die Klägerin dem Beklagten für die Rechnung haftbar sei.

Da wegen der Höhe der Prozente Beweis erhoben werden mußte, wurde die Verhandlung vertagt. Der Vorsitzende, Magistratsrat Dr. Vissauer, riet den Parteien, sich schon vor dem nächsten Termin zu vergleichen. Die mit dem Rechnungsbekanntem Zeugin möge den Herrn zur Zahlung veranlassen, dann wäre ja der ganze Streit beseitigt. Aber abgesehen davon, müsse der Beklagte zahlen, was die Klägerin von ihm zu fordern habe. Die Annahme einer Wärgschaft, welche die Klägerin in der Trunkenheit leistete, würde den guten Sitten widersprechen, es könnten daraus keine Rechte hergeleitet werden. Im übrigen gelte eine Wärgschaft nur dann, wenn sie schriftlich erfolgt sei. Aus diesen Gründen würde es für beide Parteien am besten sein, wenn sie sich einigen.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Mittwoch mittag. Hiemlich mild. Im Westen und Längs der Küste meist milde und Regenlos. Im Südosten noch getrübt. Wetter.

Aus aller Welt.

Wie ein armer Teufel zu einem Haus kam.

Ein geplagter Familienvater in Emsental wohnt, wie schätzegeirische Blätter erzählen, seit vielen Jahren im „Städtl“ eines reichen Bauern zu Miete und bezahlte den Hauszins regelmäßig. Nach Ausbruch des Krieges sollte nun der Mann, der ohnehin zu „tragen“ hatte, um seine Familie christlich durchzubringen, bedeutend mehr Miete bezahlen. Er wurde bei seinem Hauswirt vorstellig und mußte sich während dieser Unterredung nicht sehr höflich benommen haben, denn der reiche Bauer erklärte dem Mieter plötzlich, die Wohnung sei nach einem Vierteljahr zu räumen und er werde ihn auch dann nicht darin lassen, wenn er nachträglich den geforderten Mehrbetrag bezahlen wolle. Darüber geriet der Mieter in eine derartige Aufregung, daß er den Bauern in dessen Stube nach allen Regeln der Kunst durchprügelte. Die Folge der Prügelei war eine Gerichtsverhandlung. Der Richter verurteilte den schlagfertigen Mieter zu einer Woche Gefängnis, kapitelte aber den Vermieter gehörig herunter und sagte, es sei eine Schande, wenn ein so reicher Mann in der gegenwärtigen schweren Zeit einem armen Mitbürger noch mehr Kummer und Sorgen, als sie die Kriegsgezeit ohnehin schon bringe, auferlege.

Das Urteil und die Worte des Richters wärmten beide Parteien noch lange, so daß sie sich bei jeder Begegnung gehörig auschimpften. Diese Streitigkeiten führten schließlich dazu, daß der reiche Bauer, als er einmal angeheitert war, erklärte, sein Gegner müsse unter allen Umständen zum Dorf hinaus; er (der Bauer) werde es soweit bringen, daß jener überhaupt keine Wohnung mehr bekomme. Und er brachte es wirklich dahin, daß der Verfolgte im Laufe eines einzigen Vierteljahres in nicht weniger als vier Wohnungen wohnte. Zweimal wurde ihm von den Vermietern ohne weiteres erklärt, sein Gegner, der Bauer H., habe die Wohnung gemietet und bezahle einen bedeutend höheren Zins. Die letzten zwei Male dagegen konnte der Bauer zu seinem Ziele nur dadurch gelangen, daß er die einfachen Häuschen einfach aufkaufte. Der gepeinigte Mieter wohnte dann kurze Zeit im Schulhaus, bis ihm eines Tags ein Hausbesitzer im Dorfe die Mitteilung machte, er wolle ihm 2000 Fr. zahlen, wenn er es fertigbringe, daß der Bauer H. auch sein Haus laufe. Schleunigst zog der Mieter in das betreffende Haus, und siehe da, es waren kaum vier Wochen vergangen, so war der Bauer H. Besitzer des Hauses und kündigte in seiner blinden Wut dem Mieter höhnisch die Wohnung. Dieser zog freudig aus und kaufte mit seinen leicht verdienten 2000 Fr. als Anzahlung ein nettes Häuschen im selben Dorfe. So geschah im Jahre des Unheils 1916! ...

Die Verdienste des Armeelieferanten.

Diese Erläuterung sei hier ein Nachruf wiedergegeben, wie er sich in Nr. 18 des Blattes „Hundspott und Jagd“ vom 31. März 1916 im Angeheft abgedruckt findet:

Hiermit erfüllen wir die traurige Pflicht, unsere Mitglieder von dem am 26. März d. J. erfolgten Ableben unseres allverehrten Herrn

Fritz Weder aus Kassel

gegliedert in Kenntnis zu setzen.

Nach ganz kurzer Krankheit mußte er in den besten Mannesjahren sein Leben lassen, welches er als Armeelieferant ebenfalls in den Dienst des Vaterlandes gestellt hatte.

Sein Name und sein Wirken wird uns unbergänglich bleiben.

Der Vorstand des „Deutschen Windhundklubs“

gez. Will, Kallmeyer, Jelen, Hilpert, Zeiß.

Wir glauben es unseren Lesern schuldig zu sein, ihnen ebenfalls von dem Heldentod dieses Armeelieferanten gebührend Kenntnis zu geben.

Geändert in Kenntnis zu setzen.

Geändert in Kenntnis zu setzen. Der Chemnitzer Mädchenmörder. Der Chemnitzer Mädchenmörder ist aufgeklärt. Der verhaftete Soldat, Gefreiter Traue aus Gräna bei Chemnitz, verheiratet und Vater dreier Kinder, hat ein umfassendes Geständnis abgelegt, daß er die zwanzigjährige Arbeiterin Dertel erschossen hat.

Unter Verdacht verhaftet. Unter dem Verdacht, die verwitwete Frau Regierungsbaumeister Kuff in Vallenstedt am Harz ermordet zu haben, ist die Frau des Rentners Tietz, die früher Gefeschkeferin bei der Ermordeten war, verhaftet worden.

Raffensraub in Mailand. Ein raffinierter Raub wurde Sonnabend abend im Geldbureau der Station Mailand der Zentraleisenbahn verübt. Der 19 Jahre alte Raffensbeamte Cesare Inglesi schlüpfte durch ein Korkloch seinen Kollegen Pistoni im Bureau ein, herabste die Eisenbahnkasse um 200.000 Lire und verschwand dann. Die Nachforschungen nach dem Räuber blieben bis jetzt erfolglos. Ein Komplott erscheint nicht ausgeschlossen.

Anfall in der niederländischen Kriegsmarine. An Bord des niederländischen Minensegers „Triton“ ereignete sich beim Montieren einer Mine eine Explosion, durch welche ein Sergeant getötet und ein Korporal verwundet wurde.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin N 54, Finirnstr. 83-85.
Telephon: Amt Norden 185, 1299, 1067, 9714.
Bureau geöffnet von 9-1 und von 4-7 Uhr.

Die nächste ordentliche Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin findet am Montag, den 29. Mai d. J., statt.
Anträge hierzu müssen bis 1. Mai im Besitz der Ortsverwaltung sein.

Donnerstag, den 20. April 1916, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engeliner 15, Saal 1:
Versammlung
der Metalldrücker und Polierer
Groß-Berlins.

Tagesordnung:
1. Das Ergebnis unserer Fragebogen. 2. Diskussion. 3. Branchenangelegenheiten. 4. Kalkulation.

Das Erscheinen aller Kollegen ist unbedingte Pflicht.
NB. Besonders eingeladen sind die Kollegen folgender Firmen: Auer, Bräuer, Baer u. Stein, A. G. B., Vertud, Giermann, Feuer, Halbing u. Sackewitz, Industria, Radow u. Riese, Kirchner, Krüger, Köpplerer Straße, Korb, Siemensstraße, Mattes u. Schwabe, Max Opitz, Binick u. Co., Rosenfeld, Sommerfeld, Siemens u. Halste, Schwinger u. Gräff, Schlein u. Steffani, Slauch u. Co., Schneider, Adalbertstraße, F. F. A. Schulze, R. Schulz, Jahnstraße, A. B. Spandau, Stern, Tiburtius, Weinbaum, Weber u. Co., Zischner.

Die Ortsverwaltung.
Achtung! Die Vertrauensmänner-Konferenzen der Bauhoffer und Maschinenhoffer finden in diesem Monat nicht statt.

Geschäftliche Mitteilungen.

Die Firma **M. J. Marcus**, an der Spandauer Brücke 2, 1 Trepp., Fabrik feiner Herren-, Jünglings- und Knabenkleidung, Engros, Export, bittet uns, unseren Abonnenten mitzuteilen, daß sie bis vor Ausbruch des Krieges ihre Fabrikate ausschließlich nur an Engrosabnehmer verkauft hat und seit dieser Zeit zu dem System übergegangen ist, ihre Fabrikate auch an das Privatpublikum, an welches die Firma bereits seit zwei Jahren verkauft, abzugeben. Ferner bittet uns die Firma, davon Vermerk zu nehmen, daß ihre Läger in noch allen gelegenen Qualitäten sehr groß und reichhaltig sind und daß sie ihre Fabrikate noch zu normalen Preisen verkauft.

Eingegangene Druckschriften.

Gelbwärtd. Roman von Laurids Bruun. (Fischer Romanbibl.) 1 B., geb. 1,25 M. — S. Fischer, Berlin, Ballowsstr. 30.
Streifzüge durch Wald und Flur. Von S. Landsberg. Reimarbeit von Dr. A. Günthart u. Dr. W. S. Schmidt. Geb. 3,40 M. — S. G. Teubner, Leipzig.
Wierats Kriegsmaschinen und Geräte. Von S. B. Fischer. 1,50 M. — Dr. Julius Cramer zum 70. Geburtstag. Festschrift. 4 R. — Angenruber. — Verlag Brüder Schöpfung, Wien 1071.

Bibliothek des Ostend Bd. 1: Die Deutschen in Osteuropa. Von Prof. Dr. R. F. Schmidt. Geb. 1,50 M. — B. Steinhardt, Leipzig.
Der Neue Merkur. Februarheft. Monatschrift für geistiges Leben. Jahrg. 15 M. — G. Müller, München.
Jahrbuch der Dresdener Gewerkschaften 1915. 118 S. — Gewerkschaftsblatt für Dresden und Umgegend. Dresden, Rigenbergstr. 4.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten **Stadtkr. 8, IV, 301** ca. 10.00 Uhr, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Buchstabe und eine Post als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementsauskunft beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor. Verträge, Schriftstücke und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.
S. G. 24. In Ihrer Unterhaltungsfrage wird sich wohl nicht machen lassen. Aber unter Berücksichtigung Ihrer sehr mißlichen Verhältnisse würde sicher auf Antrag das Sparguthaben des Sohnes ausgezahlt werden. — **H. G. R. 100.** Die Polizei ist dazu berechtigt. — **G. S. 24.** 1. Circa 10 M. wöchentlich. 2. Ja. — **G. S. 28.** Nein, da Sie Stundenlohn vereinbart haben. — **S. J. 4.** Sie haben Anspruch auf Aufwands-

entschädigung; stellen Sie einen Antrag beim Polizeibeamten. — **W. G. 26.** Nein, Sie können die Läden nicht kaufen und den Betrag von der Miete in Abzug bringen. — **W. R. S. 3.** Ja. — **H. 23. 60.** Eine Beschwerde erscheint uns aussichtslos, die Mietunterstützung konnte Ihnen in diesem Falle entzogen werden. — **G. S. 5.** Nein. — **M. 3.** Die Kosten lassen sich im voraus nicht angeben. Die von Ihnen angeführten Tatsachen sind Scheibungsgründe. — **M. 3. 1.** 1. Nein, wir würden Ihnen empfehlen den Lohn beim Gewerbeamt einzufordern. 2. Nein. — **H. 3. 99.** Ja. — **Ruz 77.** Vom Bataillon ist der Schadenersatz nicht zu verlangen; Ihr Mann müßte doch unverzüglich der Krankenkasse Mitteilung machen, damit niemand anders das Geld abheben kann. — **H. 3. 78.** 1. Ausgeschlossen ist das nicht. 2. An das zuständige Bezirkskommando. 3. Ja. — **G. S. 10.** Dienstantwärtig; Verkrümmung der Wirbelsäule. — **W. 450.** Sie müßten den Kauf wegen Irrtum anfechten; wir würden Ihnen aber empfehlen, die Sache einem Rechtsanwalt zu übergeben. — **G. W.** Sie haben gegen die Firma keinen Anspruch auf Lohn. — **R. 28.** 1. und 2. Wenn Sie noch nicht aus dem Militärdienst entlassen sind, müssen Sie sich zur Kontrollüberprüfung melden. 3. Wenn Sie die Krankenkassenbeiträge nicht weitergezahlt haben oder wenn der Krankheitsfall nicht innerhalb drei Wochen nach Austritt aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung eingetreten ist, haben Sie keinen Anspruch auf die Leistungen der Kasse. 4. Nein, die Unterstützung kommt dann in Wegfall. — **H. R. 99.** Der Verein tagt am Mittwoch, den 19. April, abends 9 Uhr, bei Wählich, Stallstr. 22.

Osterweine Santa Lucia

Als Opfer des Weltkrieges starb im Lazarett zu Gleiwitz unser lieber Sohn, Bräutigam, Bruder, Schwager und Schwiegersohn, der Unteroffizier

Friedrich Henkel
 Infanterie-Regiment 44.
 In tiefem Schmerz
Die trauernden Hinterbliebenen:
Carl Fethke und Frau
 und Angehörige.

601b Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. April 1916, um 5 Uhr auf dem Garnison-Friedhof, Berlin, Hasenheide, statt.

Allen unsern werten Kolleginnen und Kollegen die traurige Nachricht, daß am Sonnabend, den 15. d. M., unser allseitig beliebter und verehrter Obermeister, Herr

Fritz Angrobeit
 nach schwerem Leiden verstorben ist.
 Wir verlieren in dem Verstorbenen einen stets gerechten und humanen Vorgesetzten und hat derselbe es verdient, daß ihm ein stets ehrenvolles Andenken bewahrt

Das technische Personal
 der Buchbinderei D. Bleistein
 Friedrichstr. 16.

602b

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
 Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Wächter

Heinrich Rümann
 am 14. April im Alter von 74 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken:
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. April, nachmittags 3/4 Uhr, von der Leichenhalle des III. Panthons Friedhofes, Schönholzer Heide, aus statt.

Den Mitgliedern ferner zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bader

Franz Vogel
 von der Firma Wilsen, Kochstraße, am 17. April im Alter von 36 Jahren verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 20. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Hermannstraße, aus statt.

68/20 Die Bezirksverwaltung.

Orts-Krankenkasse der Schlosser
 und verwandten Gewerbe zu Berlin.

Am Mittwoch, den 26. April d. J., abends 8 Uhr, findet im Lokal von G. Wollschläger, Berlin, Landsberger Str. 89, eine

Ordentliche
Ausschuß-Versammlung
 mit folgender Tagesordnung statt:

1. Abnahme der Rechnung des Jahres 1915 (Bericht des Rechnungsausschusses, Entlastung des Rechnungslagers).
2. Beratung und Beschlußfassung über eine Abänderung des § 61 der Kassensatzung.
3. Beratung und Beschlußfassung über die vom Röntgen-Überwachungsamt vorgeschlagenen Abänderungen zu der eingereichten Dienstordnung für die Angestellten der Kasse.
4. Verschiedenes.

Die Herren Vertreter im Ausschuß werden ersucht, zahlreich zu erscheinen.
 Die zugesandte Legitimation ist am Eingang vorzulegen.

Der Vorstand,
 H. A. Albert Volz,
 Vorsitzender. 268/8

Turnverein „Fichte“ Berlin.
 (Mitglied des Arbeiter-Turner-Bundes.)

Den Mitgliedern die traurige Mitteilung, daß unser lieber Freund und Turnwart unserer Abteilung, der Turngenosse

Friedrich Henkel
 am 18. d. M. an den Folgen der Strapazen vom Feind im Lazarett Gleiwitz verstorben ist.

In ihm verlieren wir einen treuen Förderer der freien Turnbewegung. Sein Andenken bleibt uns in Ehren.

15. Männer-Abteilung.

Orts-Krankenkasse für die Gewerbe der Tischler und Pianofortarbeiter zu Berlin.

Am Donnerstag, den 27. April, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 5, die

Ordentliche Ausschußsitzung
 statt, zu welcher die Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten hierdurch eingeladen sind.

Tagesordnung:

1. Abnahme der Jahresrechnung für das Geschäftsjahr 1915 sowie Bericht der Revisoren.
2. Beschlußfassung über die nach § 351 der Reichsversicherungsordnung zu erlassende Dienstordnung für die Angestellten der Kasse.

Der Vorstand,
 Emil Boeske, Vorsitzender,
 Fritz Hinkel, Schriftführer.

Verband der Sattler und Porteuillier.
 Ortsverwaltung Berlin.

Den Kollegen hiermit zur Nachricht, daß unser Mitglied

Max Zegenhagen
 verstorben ist.

Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 18. April, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichshagen aus, statt.

157/14 Die Ortsverwaltung.

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß,
 Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor), für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden — Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage), Blutuntersuchung. Schnelle, sichere, schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Teilzahlung.

prechstunden: 10-1 und 5-8

Großer Oster-Verkauf gegen bar und auf Kredit bei

B. FEDER

Werden: Brunnenstrasse 1
 Osten: Frankfurter Allee 350
 Süden: Kottbuser Damm 103
 Westen: Charlottenburg, Scharrenstr. 8, Ecke Wilmersdorfer Str.

**Herren-Anzüge u. Paletots
 Damen-Kostüme, Kleider
 Mäntel, Blusen, Röcke**

Covercoat-Paletots.
 Knaben- u. Mädchen-Kleidung
 Inserat mitbringen
 3 Mark Wert

Herzog zu Lauenburg
 3 Pfg. Cigarette

WILANDE DRESDEN

Berlin SO. 16, Engel-Afer 5.
H. & P. Uder,
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak von G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel.
 Stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Amt Moritzpl. 3014.



Den Raucher
 führt oft das trübende Gefühl, das nach dem Genuss von Zigarren sich einstellt und manchmal zu Raucherkrämpfen führt.

Wäbner TABLETTEN

Wählen davon wie kein anderes Mittel. Sie sind wohl schmeckend, durstlöschend und reinigen zugleich Mundhöhle und Atem.

Original-Geheißel in allen Apotheken und Drogerien III. 1. — Die Firma Dr. A. & B. Dr. J. Geiger in St. Ludwig 1. G. verleiht gratis und portofrei eine reizende Zigarettenbox mit Wäbner-Tabletten gegen 20 Cigaretten aus Wäbner-Geheißel.

Möbel-Angebot.

Sollte Möbelfirma liefert Spezial-Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen sowie Einzeilmöbel gegen mäßige Zinsvergütung bei kleiner Anzahlung und geringen monatlichen Ratenzahlungen. Offerten D. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.

Keine Kassierer. Größte Kulanz.

Spezialarzt
 für Genuß, Darm-, Frauenleiden, nerv. Schwäche, Beintranke jeder Art, Ehrlich-Hata-Kuren, Friedrichstr. 81, gegenüber Panoptikum, Sprechst. 10-2, 5-9, Sonntags 11-2. Honorar mäßig, auch Teilzahlung. — Separates Damenzimmer.

Deutschland braucht Männer,
 die fähig sind, an dem großen wirtschaftlichen Wettstreit teilzunehmen, der eine unbedingte Folge des Weltkrieges sein muß und eine tiefgreifende Aenderung unseres gesamten wirtschaftlichen Lebens herbeiführen wird.

Überall werden gebildete u. leistungsfähige Mitarbeiter gesucht

Haben Sie Fußbeschwerden?
 empfehle nach Maß passende gearbeitete Stützleinen sowie Bruchbänder aller Art, Leibbinden, Stützcorsets usw., Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege.

Pollmann, Bandagist,
 Berlin N, Lothringer Str. 60, Lieferant für Krankenkassen.

sein. Beamte, Lehrer, Angestellte des Handels und der Industrie sollten nicht versäumen, jetzt ihre Vorbereitungen zu treffen. Das beste Mittel, rasch und gründlich, ohne Lehrer, durch einfaches Selbstunterricht auf ein Examen vorzubereiten, die Einj.-Freiw.-Prüfung und das Abitur-Examen nachzuholen oder die fehlenden kaufmänn. Kenntnisse zu ergänzen sowie eine vortreffliche Allgemeinbildung sich anzueignen, bietet die Selbstunterrichts-Methoden „Rastin“. Ausföhrl. 60 S. starke Broschüre kostenlos. Bonnes & Hachfeld, Potsdam Postfach 224.

Bouillon Würfel
 Vollkräftige Qualität. 100 Stück M. 2.-, 200 St. 4.25 frk., 1000 St. 15.50 frk. Otto Reiche, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.

Blumen- und Kranzbinderei von Robert Meyer,
 Bnd.: P. Gollats Mariannenstr. 3. Tel. Mpl. 384

Stempelfabrik Robert Hecht,
 Inh.: Alfr. Schneller
 Berlin S. 42, Ritterstr. 116.
 liefert schnell und billig alle Arten Stempel in bester Ausführung.

Asthma
 mit Othensanalken u. Sauerstoffeinatmen findet wirksame Hilfe durch die echten Asthma-tropfen, bereit durch ihre Erfindung, Patente und Vertriebsrechte. Fl. 2.50 M. Otto Reiche, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4.